Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 43. **Dienstag, 20. Februar 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, monatlich 1900.— Mark einschl. Bringerlohn. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 150.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa.
Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die über die Gemeinden Mehltheuer, Kobeln, Pahrenz, Prausitz, Gostewitz, Jahnishausen mit Böhlen, Nickritz und Heyda angeordnete **Hundesperre** wird hiermit wieder aufgehoben.

Großenhain, am 17. Februar 1923. 1957 E I. **Amtshauptmannschaft.**

Die Amtshauptmannschaft bringt erneut den **Schutz der Weidenkätzchen** in Erinnerung. Danach ist alles Abschneiden von wildwachsenden Kätzchen strafbar. Händler müssen im Besitz eines schriftlichen Ausweises über den Erwerb der Weidenkätzchen vom Handelsgärtner sein. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 6. Februar 1923, Nr. 36 der Staatszeitung vom 12. Februar 1923.

Großenhain, am 16. Februar 1923. 691 E I. **Amtshauptmannschaft.**

Durch den Körausschuß sind folgende Hengste angekört worden:
3 Hengste des Rittergutes Glaubitz für den öffentlichen Bedarf, davon einer nur für Kaltblutstuten — Hengst Vandur —;
2 Hengste des Vorwerksbesitzers Pfeil in Gäwernitz für den öffentlichen Bedarf, jedoch nur für Kaltblutstuten;
2 Hengste des Kammergutes Kalkreuth für den öffentlichen Bedarf, jedoch nur für Kaltblutstuten;
1 Hengst des Gutsbesitzers Menzel in Hohndorf für den öffentlichen Bedarf, jedoch nur für Kaltblutstuten;
1 Hengst des Rittergutes Jahnishausen für Kaltblutstuten des eigenen Bestandes;
1 Hengst des Rittergutes Strauch für Stuten des eigenen Bestandes;
1 Hengst des Gutsbesitzers Herbert Kittler in Roda für den öffentlichen Bedarf;
1 Hengst des Rittergutes Merzdorf für Kaltblutstuten des eigenen Bestandes;
1 Hengst des Gutsbesitzers Hermann Stange in Brößnitz für den öffentlichen Bedarf, jedoch nur für Kaltblutstuten.

Großenhain, am 19. Februar 1923. 681 E I. **Amtshauptmannschaft.**

I. Nachtrag

zur Jagdpachtsteuerordnung für den Bezirksverband Großenhain.

§ 1 Ziffer 2 erhält folgende Fassung:
„Steuerpflichtig sind die Personen, denen innerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft Großenhain auf einem Genossenschafts- oder einem Eigenjagdbezirke zufolge eines Jagdpachtvertrages das Jagdrecht zusteht, soweit sie nicht nachweisbar die Jagd gewerbsmäßig ausüben."

Großenhain, am 21. Dezember 1922.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Großenhain.
(gez.) Kühn.

Vorstehender I. Nachtrag zur Jagdpachtsteuerordnung für den Bezirksverband Großenhain ist von dem Kreisausschuß widerruflsweise genehmigt worden.

Dresden, am 8. Februar 1923.
Die Kreishauptmannschaft.
(gez.) Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 20. Februar 1923.

—* **Kirchgemeindeversammlung.** Am vorigen Sonntag fand nachmittags 5 Uhr auf Einladung durch die Kirchgemeindevertretung in der Trinitatiskirche eine Kirchgemeindeversammlung statt, die von Männern und Frauen aus allen Klassen und Ständen gut besucht war. Nach dem Gesang des Lutherliedes (der 18. Februar ist Luthers Todestag) hielt Herr Pfarrer Friedrich eine Ansprache über den Lutherpsalm (Psalm 46), auf Grund dessen er die Kirche in ihrer inneren und äußeren Notlage mit einer belagerten Stadt verglich und zum Gottvertrauen nach Luthers Art aufrief. Das rechte Gottvertrauen aber sei ein aktives, tatkräftiges, das sich mit Gottes Hilfe kräftig rege, das Seine zur Steuerung dieser Not zu leisten. Eine Not der Kirche ist auch die finanzielle Not. Ueber sie erstattete Herr Verwaltungsinspektor Franke im Namen des Rechnungsausschusses der Kirchgemeindevertretung ausführlichen Bericht. Nach einer Aufklärung über das kirchliche Rechnungswesen legte er zunächst die wirtschaftliche Notlage der Kirche eingehend dar und betonte, daß, wenn nicht alsbald durch die Gemeindeglieder, die das zu tun in der Lage seien, gründliche Hilfe geleistet werde, die Kirchkasse nicht mehr imstande sei, den Geistlichen und Kirchenbeamten Gehalt zu zahlen, die jetzt schon nur ungenügende Abschlagszahlungen haben erhalten können. Die Schuld an diesem Notstand treffe nicht die Kirchgemeinde und ihre Vertretung. Diese habe alles getan, um einerseits Mittel zu beschaffen und andererseits zu sparen. Schuld sei vielmehr die plötzlich eingetretene und immer noch steigende Geldentwertung und die Steuergesetzgebung des Freistaates Sachsen. Es seien der Kirche ihr von altersher zustehende Steuerrechte entzogen worden: die Körperschaftssteuer, die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer. In dem Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetze vom 30. März 1920 vom 12. August 1920 seien diese 3 Arten der Steuer als ihr zustehend angenommen, aber dann in dem Gesetz über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften vom 1. Juli 1921 gestrichen worden. Die Kirche könne nur noch Zuschläge zu der Reichseinkommensteuer erheben; aber auch in dieser Steuererhebung sei sie beschränkt, denn sie dürfe nur Zuschläge von 10 Prozent, unter besonderen Umständen mit staatlicher Genehmigung bis zu 15 Prozent erheben. Dazu komme, daß, wie es im Verordnungsblatt des Ev.-luth. Landeskonsistoriums heiße, „die Erträgnisse der Einkommensteuer in der Zeit von der Veranlagung und Ausschreibung bis zum tatsächlichen Eingange fast völlig entwertet seien". Die Zuschläge von 10 Prozent würden vollkommen ausreichen, ja schließlich nicht einmal Zuschläge in dieser Höhe gebraucht werden, wenn nicht wie jetzt die Einnahmen des Jahres (1921), das für die Steuererhebung maßgebend ist, in einem ganz unvergleichbaren Verhältnis zu den Ausgaben des Jahres (1922) ständen, dessen Bedürfnisse die Steuer decken solle. Eine Anzahl von Gemeindegliedern haben der Kirche in dankenswerter Weise auf mannigfache Art in ihrer finanziellen Notlage zu helfen gesucht, aber das genüge noch nicht, um ihr durchzuhelfen. Es werden deshalb 3 Vorschläge gemacht: 1) Es sollen der Kirche Darlehen gegeben werden, entweder zinslos oder zu mäßigem Zinsfuß; 2) es sollen ihr Schenkungen oder Stiftungen gemacht werden; 3) die Kirchgemeindeglieder sollen, soweit sie dazu in der Lage sind, die geringen Beträge der jetzt einzuhebenden Kirchensteuer freiwillig vervielfältigen, mindestens verzehnfachen. An der darauf folgenden Aussprache beteiligten sich mehrere Kirchgemeindeglieder, die diese Vorschläge warm unterstützten und auch noch andere, von der Kirchgemeindevertretung weiter zu prüfende, Vorschläge machten. So wurde u. a. der Gedanke angeregt, die Kirchgemeindeglieder möchten sich doch bereit finden, außer den Kirchensteuern regelmäßige vierteljährliche Zahlungen an die Kirchkasse zu leisten, um ihr so über die Notlage hinwegzuhelfen, wie das anderwärts schon geschehe. Die Versammlung nahm an allem mit lebhaftem Interesse teil, und man gewann den Eindruck, daß sie gewillt sei, der bedrängten Kirche Hilfe zu leisten, damit sie ihre Segensarbeit an unserem Volke ausgiebig weiter treiben könne. Mit Gebet und dem Liede: „Laß mich dein sein und bleiben" wurde die Versammlung geschlossen. Die Begleitung der Lieder hatte der Posaunenchor des engl. Jungmännervereins übernommen. Eine Sammlung für die Kirchkasse an den Ausgängen des Gotteshauses ergab reichlich 32000 Mark.

—* **Konzert für die Ruhrhilfe.** Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt die Kapelle des M.-G.-V. „Orpheus", am 2. März ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten der Bedrängten an der Ruhr zu veranstalten. Zur weiteren

Heutiger Dollarkurs (Mittelkurs): 23191 M.

Ausgestaltung dieses Abends sind zwei Solisten, Käte Läßig-Dresden und Horst Krause, gewonnen worden. Im Hinblick auf die sich immer mehr steigernde Not unsrer deutschen Brüder im Westen und auf den edlen, uneigennützigen Zweck, sei schon heute empfehlend hingewiesen.

—* **Ruhrspende.** Die Beamten, Anwärter und Angestellten des E. V. G. haben bis jetzt M. 505972.— als Ruhrspende abgeführt.

—* **Eine Ladendiebin ermittelt.** Gestern ist eine in Gröba wohnhafte Frauensperson als Ladendiebin ermittelt worden. Bei der Durchsuchung sind große Posten Waren vorgefunden worden. Geschäftsleute, die in letzter Zeit wahrgenommen haben, daß bei ihnen Diebstähle vorgekommen sind, werden gebeten, sich bei der Polizeiwache in Gröba oder dem Kriminalposten in Riesa zu melden.

—* **Barfreimachungsapparate der Postverwaltung.** Zur weiteren Ausdehnung des Barfreimachungsverfahrens hat die Reichspostverwaltung Barfreimachungsapparate, sogenannte Freistempler, in Auftrag gegeben, die Behörden und Firmen mit großem Briefverkehr zum eigenen Freistempeln ihrer Sendungen mietweise überlassen werden sollen. Die ersten dieser Apparate sind fertiggestellt und werden bei einigen Behörden ausgeprobt. Falls sich die Maschinen bewähren, sollen weitere hergestellt werden. Schon jetzt Bestellungen darauf an die Postverwaltung zu richten, ist zwecklos.

—* **Falsche Reichsbanknoten zu 1000 Mark.** Von den seit Oktober v. J. dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum des 15. September 1922 ist eine Fälschung aufgetaucht, die als solche an den nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen unschwer zu erkennen ist. Papier: glatt, weich im Stoff. Das Wasserzeichen ist durch Fettaufdruck vorgetäuscht. Vorderseite: matte, unruhige, durch den fetten Wasserzeichenaufdruck mehr verwischte Gesamtausführung. Die bei echten Noten in der Mitte befindliche große helle Wertzahl 1000 mit der ornamentalen Umrahmung im Untergrundmuster fehlt. Rückseite: das Linienmuster des Grandruckes ist flächiger gehalten. Die kleinen dunklen, regelmäßig wiederkehrenden Kraftstellen des echten Musters fehlen. Vor Annahme dieser Nachahmungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Falschmünzerwerkstätten zahlt die Reichsbank, deren Falschgeld-Abteilung in Berlin, Kurstraße 49 III, entsprechende Mitteilungen unter Zusicherung von Diskretion entgegennimmt, nach wie vor hohe Belohnungen.

—* **Ein Dampfer auf der Elbe gesunken.** Aus Magdeburg wird gemeldet: Der auf der Elbe vor Anker liegende Dampfer „Meinburg", in Halle beheimatet, der mit Stückgut von Hamburg nach Halle unterwegs war, ist aus unbekannter Ursache gesunken. Die Mannschaft konnte nur knapp ihr Leben retten. Der Schaden ist groß. Es konnte nur ein Teil des Stückgutes geborgen werden.

* **Langenberg.** Die Sammlung unter dem Personale des hiesigen Bahnhofes für das deutsche Volksopfer hat bisher 72000 Mark ergeben. Ein Zeichen dafür, daß das Verständnis für die Lage nicht nur in Worten, sondern durch die Tat gerade unter den Eisenbahnern — hier wie überall unter ihnen — sich kundtut! Mit besonderem Stolz blicken diese auf ihre bedrängten Kameraden im Ruhrgebiet, welche diesmal — zur Ehre und Wehr unseres Vaterlandes — die Narre stillstehen lassen und nicht zurückschrecken, dem langvorbereiteten verbrecherischen Anschlage eines raubgierigen Volkes eisernen Trotz zu bieten. Noch ist die Not groß! Der Erfolg liegt jedoch in unserer Hand. Mag drum Stadt und Land, ohne Unterschied von Stand und Beruf an Opferwilligkeit wetteifern und so zum Gelingen des gemeinsamen Hilfswerkes beitragen!

Dresden. Hier hat der größte Teil der Kleinhändler den Wiederverkauf von Brot mit der Begründung eingestellt, daß der Kleinhandelsverdienst von 35 Mark für ein Brot nicht hinreichend sei. Der Gemeindeverband von Dresden und Umgebung teilt hierzu mit, daß eine Erhöhung des Verdienstes nicht angängig war, weil sie zu einer weiteren Verteuerung des Brotes geführt haben würde. Die allgemeine Brotversorgung der Bevölkerung ist durch das Vorgehen der Kleinhändler nicht gefährdet. — Im hiesigen Landgerichtsgebäude am Münchner Platz stahlen Spitzbuben in der Abortanlage die gegen Diebstahl gesicherten elektrischen Glühbirnen.

* **Bautzen.** Studienrat Rädecker von der hiesigen Handelsschule wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung sächsischer Minister zu 50000 Mark Strafe verurteilt.

— Am Freitag abend wurde in den Neuschen Promenaden an einer Frau ein Raubanfall mit versuchter Vergewaltigung verübt. Der Räuber warf die Frau zu Boden und versuchte ihr einen Knebel in den Mund zu stecken. Als sie um Hilfe rief, versuchte er ihr die Handtasche zu entreißen und entfloh.

Ebendörfel. Ein Einbruchsdiebstahl wurde vor kurzem bei dem Maurer und Wirtschaftsbesitzer Johann Hohlfeld verübt. Diebe drangen in den Keller des Hauses, wo ihnen unverhofft ein goldenes Zwanzigmarkstück, acht silberne Fünfmarkstücke und etwas Papiergeld in die Hände fielen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Freiberg. Am Sonnabend abend wollte ein Gutsbesitzer aus Niederbobritzsch mit seinem Schlitten vom Obermarkt her in die Erbische Straße einbiegen. Dabei hat er anscheinend die Gewalt über das Pferd verloren. Das Gefährt rannte mit aller Gewalt gegen ein Schaufenster des Manufakturwarengeschäfts von Patzig & Schulz. Der Gutsbesitzer wurde aus dem Schlitten geschleudert. Er sauste mit dem Kopf direkt in eine der großen Spiegelscheiben und blieb darin stecken. Der Vorgang sah weit gefährlicher aus, als er ablief. Der Gutsbesitzer konnte seinen Kopf zurückziehen, er blutete stark im Gesicht, aber die Verletzungen waren glücklicherweise nur geringer Natur. Auch das Pferd kam gut davon. Es wurde gegen die Ladentür geschleudert, aber ein eiserner Pfeiler hielt den Sturz auf. Die Ladentür wurde teilweise zertrümmert. Weit bedeutender ist der Sachschaden, der sich auf 2 Millionen Mark belaufen dürfte. Der Gutsbesitzer vermochte noch in der Nacht sein Pferd nach Niederbobritzsch zurückzuführen.

* **Hainichen.** Seit Donnerstag ist die Anlieferung von Milch nach der Stadt ausgeblieben infolge Streiks der Milchfuhrleute.

Schirgiswalde. Das Disziplinarverfahren gegen sich beantragt hat Bürgermeister Heßlein. Eine Einwohnerin hatte ihn darüber befragt, ob ihr Sohn, der noch Lehrling sei, in der Gewerkschaft verbleiben dürfe, da es sein Lehrherr für nicht angängig erklärt hatte. Bürgermeister Heßlein wollte die Frau an die Gewerkschaft selbst verweisen, um sich dort Auskunft zu holen, und fragte sie darum, welcher Gewerkschaft ihr Sohn angehöre, der sozialdemokratischen oder der christlichen. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Jänchen hat ihm daraufhin öffentlich den Vorwurf der Beeinflussung gemacht. Bürgermeister Heßlein rechtfertigte sich in der letzten Stadtgemeinderatssitzung durch Darlegung des Sachverhalts. Befragt, gab Jänchen an, daß er trotzdem seinen Vorwurf aufrechthalte, woraufhin Bürgermeister Heßlein die Amtshauptmannschaft veranlaßt hat, gegen ihn das Disziplinarverfahren einzuleiten.

Kirchberg. In diesen Tagen sind in verschiedenen gelegenen Grundstücken im Weichbilde der Stadt Wachhunden vergiftete oder mit Schusterpech gefüllte Wursthäute vorgeworfen worden, um sie zu vernichten. Ein Tier verendete, das andere erholte sich und ein drittes windet sich noch im Schmerze. Durch diese grausame Rohheit sind die Grundstücksbesitzer auf die beabsichtigten Tiereien aufmerksam gemacht worden.

Oelsnitz. Nachdem während der Weihnachtsferien für ca. 250000 Mark Lehrmittel aus hiesiger Zentralschule gestohlen wurden, wurden vorgestern abend im Zimmer 11 des Gebäudes 3 drei Fenstervorhänge abgeschnitten und mitgenommen.

Lengenfeld i. V. Die Stadtverordneten haben beschlossen, dem Erwerbslosenfürsorgeausschuß aus städtischen Mitteln verlagsweise 3 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen; die Tilgung dieses Vorschusses soll im Wege der Umlage auf Industrie und somit in Frage kommende Kreise erfolgen. Mit der Einführung der kommunalen Totenbestattung hat sich das Kollegium grundsätzlich einverstanden erklärt.

Rochlitz. Vor einigen Wochen war eines schweren körperlichen Leidens halber der in den fünfziger Jahren stehende Steinmachermeister Nitzsche im nahen Zetlitz in das hiesige Stadtkrankenhaus eingeliefert worden. Alsbald nach seiner Aufnahme war der Mann verschwunden. Jetzt fand man ihn als Leiche in der Mulde am Rechen der Lastauer Fabrik. Er hatte infolger großer Schmerzen den Tod in den Fluten der Mulden gesucht und gefunden.

* * *

Herzberg. Mühlenbesitzer Schulze von hier, ein junger Mann im blühenden Alter von 32 Jahren, war mit seinem Lastauto und einem Anhänger frühmorgens nach den Bentersitzer Kohlenwerken gefahren, um Briketts zu holen. Als die beiden Wagen beladen waren, zog das Lastauto nicht mehr an und es wurde deshalb ein Ersatz-

mäßig langsamem Tempo die beiden Wagen mit sich. Um für den neu herbeigeholten Wagen Wasser für den Kühler zu schöpfen, wurde beschlossen, bis zu dem nächsten Teich im Orte Wildgrube langsam zu fahren, während Herr Schulze nebenher gehen wollte. Plötzlich muß Herr Schulze die Absicht gehabt haben, auf seinen Anhängerwagen während der Fahrt aufzusteigen, denn Augenzeugen haben gesehen, wie er versucht hat, aufzuspringen, abgeglitten ist und wie der beladene Anhänger und sein ebenfalls mit Kohlen beladenes Lastauto ihm über Kopf und Beine gegangen sind. Als das Unglück bemerkt wurde, wurde der Lastzug sofort angehalten, aber es war zu spät; der Tod war auf der Stelle eingetreten. Den Führer trifft nicht die geringste Schuld.

Hoyerswerda. Halsbrecherische Diebesstückchen sind in der hiesigen Gegend in letzter Zeit verübt worden. Von der Kuppel des Elektrizitätswerkes wurde jetzt die Platinspitze abgefeilt und entwendet. Der Dieb muß mit den Verhältnissen sehr vertraut gewesen sein. Trotz der ständigen Arbeitsleistung im Werke konnte der Dieb ungestört seine Arbeit verrichten und mit der wertvollen Beute verschwinden. — Im Senftenberger Industriegebiete haben sich die Platindiebe an die Arbeit gemacht, um von den hohen Fabrikessen die Blitzableiter des Platins zu berauben. Bei zwei Schornsteinen ist bereits festgestellt, daß Diebe in schwindelnder Höhe, ungeachtet der dem Schornstein entsteigenden Rauchschwaden, ihre Beute machten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 20. Februar 1923.

„Rote Fahne" und Markstabilisierung.

* Berlin. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt aus zuverlässiger Quelle, sie könne feststellen, daß die Behauptung der „Roten Fahne" von einem angeblichen Widerstand des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein gegen die Markstützung in vollem Umfange glatt erfunden ist. (Siehe auch unter: „Volkswirtschaft".)

Dr. Wirth über die politische Lage.

* Stuttgart. Auf dem Parteitag der schwäbischen Zentrumspartei sprach der frühere Reichskanzler Wirth über die gegenwärtige politische Lage. Er sagte u. a.: Der 13. November vorigen Jahres war für unsere Partei ein erfreulicher Tag, weil unsere Partei mit der Note an die Reparationskommission einverstanden war. Wir haben stets den ehrlichen Willen zu Lieferungen bekundet. Im Abwehrkampfe müssen wir einig hinter der Regierung stehen, von Konstanz bis zum Rhein und von Konstanz bis Königsberg! Der heutige Abwehrkampf muß mit allen moralischen und materiellen Mitteln unterstützt werden. Der Gedanke, uns mit unseren ehemaligen Gegnern zu verständigen, ist immer lebendig. Was am Rhein geschehen ist, ist eine Schmach für eine gesittete Nation wie Frankreich, dessen politische Pläne bisher eine Verständigung stets verhindert haben. Durch das Stinnes—Lubersac-Abkommen war man auf dem besten Wege. Poincaré hat dieses verhindert. Will Frankreich eine Verständigung, so kann es sie morgen beginnen. An der Spitze meiner Politik stand „Durch Arbeit zur Freiheit!" Poincaré antwortete „Durch Gewalt!".

Die Entwaffnung der Essener Schupo.

)(Essen. Ueber die Entwaffnung der Schupobeamten erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Um 7 Uhr morgens wurde das Barackenlager in der Hammerstraße, in dem 400 Schupobeamte in Quartier liegen, von einem Regiment Infanterie mit einem Oberst und einem General an der Spitze mit 22 Tanks (nicht Panzerautos) umstellt. Die Polizei wurde zur Abgabe der Waffen aufgefordert, wozu sie sich nach längeren Verhandlungen entschloß. Die Feldbettstellen und Betten mußten in den Baracken bleiben. Privatsachen durften mitgenommen werden. Die 400 Mann zogen gruppenweise mit ihren Offizieren an der Spitze ab. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt und dem Landkreis wird von den Behörden in anderer Weise gesorgt werden, da die Schupo keinen Dienst mehr versieht.

Die Unterbringung der im Ruhrgebiet Verhafteten.

)(Essen. Ueber die Unterbringung der von den Franzosen gefangen gesetzten Herren in Bredeney wird bitter geklagt. Im Bredeneyer Gymnasium ist für die Gefangenen ein Raum hergerichtet, in dem für 20 Personen Platz ist, während tatsächlich dort zeitweise bis zu 50 Personen untergebracht sind. Oberbürgermeister Havenstein, Bürgermeister Schäfer und andere befinden sich in Einzelzellen im Rathause zu Bredeney. In diesen Zellen wurden früher nur gewöhnliche Verbrecher eingesperrt. Zu deren Schutz bestand schon damals die Vorschrift, daß eine Person höchstens 24 Stunden in solchen Zellen untergebracht werden dürfe, weil der Aufenthalt daselbst äußerst gesundheitsschädlich sei. Jetzt sitzen diese Herren schon eine Woche und länger immer in demselben Raum.

Urteil gegen einen Essener Kaufmann.

)(Essen. Das Kriegsgericht Bredeney hat den Kaufmann Dörnenburg aus Essen wegen angeblicher Beleidigung der Franzosen zu zwei Jahren Gefängnis und vier Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Mehrere Schiffe beschlagnahmt.

)(Essen. Heute haben die Franzosen im Hafen Matthias Stinnes in der Nähe von Karnap mehrere Schiffe beschlagnahmt und die Insassen mit Gewalt daraus vertrieben. Zum Teil haben sie das Eigentum der Schiffsleute in den Kanal geworfen. Einen Dampfer haben sie in Betrieb genommen.

Degoutte sichert den Verrätern Schutz zu.

)(Essen. Den hiesigen Behörden sind heute Verordnungen des französischen Generals Degoutte zugestellt worden, in denen allen denjenigen, die Verräterdienste für die Franzosen tun wollen, der Schutz der französischen Truppen versprochen wird.

Ausdehnung der Ausfuhrverbote.

)(Düsseldorf. General Degoutte hat in einer Anordnung die bereits am 31. Januar und 2. Februar erlassenen Ausfuhrverbote auf Hüttenfabrikate, Halbfabrikate, Nebenfabrikate, sowie Fabrikerzeugnisse aller Art ausgedehnt. Die Lebensmittelausfuhr wird bis auf weiteres bestehen bleiben. Ein Erlaß des kommandierenden Generals wird die näheren Bedingungen festlegen.

Eine neue Verordnung Degouttes.

)(Düsseldorf. General Degoutte hat folgende Verordnung über die Sperrung etwa erbauten oder im Bau befindlichen Schiffsgeräts, das auf Grund der Wiederherstellung den verbündeten Regierungen ausgeliefert werden muß, erlassen: Artikel 1 besagt: Das schon erbaute oder im Bau befindliche Schiffsmaterial, das den verbündeten Regierungen auf Grund der Wiederherstellung auszuliefern ist, wird bis auf weiteres zurückgehalten. Artikel 2: Die französischen und belgischen Schiffahrts- und Uebernahmekommissionen sind mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt, soweit ihre Zuständigkeit reicht. Artikel 3: Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnungen werden mit Geldstrafe von 100 Millionen Mark und Gefängnis von zwei Jahren oder mit einer dieser Strafen geahndet. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Kein Einrücken der französischen Truppen in Dortmund.

* Dortmund. Die fünf angekündigten französischen Regimenter sind nicht in Dortmund eingezogen.

Weitere Zugunfälle.

* Dortmund. In Linden-Dahlhausen sind gestern zwei von den Franzosen geführte Eisenbahnzüge zusammengestoßen. Dabei wurden drei Soldaten getötet, dreizehn schwer und eine Reihe weiterer Soldaten leichter verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend. Der Zugverkehr über Linden-Dahlhausen ist gesperrt.

Poincaré über „den schlechten Charakter der Deutschen".

* Paris. Poincaré empfing eine Abordnung der lothringischen Landwirtschaft, vor der er über den schlechten deutschen Charakter sprach. Was aber die an der Ruhr getroffenen Maßnahmen betrifft, so mußte der Ministerpräsident seine Unsicherheit zugestehen, daß er nicht wisse, ob sie für Frankreich etwas einbringen würden. Man könne auch nicht wissen, wielange sie anhalten würden. — Amtliche Pressestimmen kommentieren diese Worte Poincarés dahin, daß bei der Besetzung des Ruhrgebietes weder ein Jahrzehnt noch auch ein Jahr angesetzt worden sei.

Die Rede Poincarés.

)(Paris. Ueber den Verlauf der heutigen Sitzung haben die Mitglieder des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten nach Havas über die Ausführungen Poincarés noch folgende Mitteilungen gemacht: Poincaré teilte der Kommission ausführliches statistisches Material über die deutsche Kohlenproduktion mit. Poincaré sprach Degoutte hohes Lob aus und erklärte, es sei keine Rede davon gewesen, ihn durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen. Es komme nicht in Betracht, daß die Besetzungsmächte selbst das Ruhrgebiet ausbeuteten. Ihre Aufgabe bestehe ausschließlich in der Kontrolle. Diese Aufgabe sei 60 Ingenieuren, die in der Mehrzahl Franzosen seien, anvertraut. Einige freiwillige englische Ingenieure würden erwartet. Als Antwort auf die Sabotageakte habe man 283 höhere Beamte des Ruhrgebiets und 55 des Rheinlandes ausgewiesen. Sie seien durch Beamte niederen Ranges ersetzt worden, weil sie nicht durch französische Beamte ersetzt werden dürften. Vor der Besetzung des Ruhrgebiets hätten dort täglich 585 Personen- und 890 Güterzüge verkehrt. Heute seien es infolge des durch die Berliner Anweisungen verursachten Wirrwarrs nur im ganzen 70 täglich. Aber es seien seit Beginn der Besetzung bereits Fortschritte erzielt worden. Man dürfe annehmen, daß sie in ziemlich kurzer Zeit sich beschleunigen würden. Es habe im Ruhrgebiet 40 000 und im Rheinland 120 000 Eisenbahner gegeben. Frankreich habe nur 9640 hingeschickt. Es gebe im besetzten Gebiet überhaupt kein französisches Material. Bis jetzt seien von den Besetzungsmächten 1026 Waggons Kohle nach Frankreich und Belgien expediert worden. Im Anschluß daran sprach Poincaré über die schwebenden Verhandlungen mit der englischen Regierung betreffend den Transit durch die englische Besatzungszone. Poincaré wird sein Exposé über die Ruhrbesetzung am kommenden Montag vollenden und alsdann über die Friedenskonferenz in Lausanne sowie über die französische Orientpolitik sprechen. Sollte er in dieser Sitzung mit seinen Ausführungen nicht zu Ende kommen, so wird der Ausschuß am darauffolgenden Mittwoch wieder zusammentreten. (Siehe auch in der Beilage.)

Der Streik in Frankreich.

)(Paris. Ueber die Lage im französischen Bergbau macht das Ministerium für öffentliche Arbeiten Angaben, nach denen in den Departements Nord und Pas de Calais eine ausgesprochene Besserung zu verzeichnen sei. Im Loire-Departement sei die Lage unverändert, jedoch sei eine Arbeitsaufnahme in sehr geringem Umfang in Firminy zu verzeichnen. In den Departements Aveyronge und Tarn werde voll gearbeitet. Im Departement Gard sei die Lage unverändert, desgleichen im Moseldepartement. In den Bergwerksbezirken Marseille, Chalon-sur-Saone und Grenoble werde voll gearbeitet.

Eine neue Rede Bonar Laws.

)(London. (Unterhaus.) Bonar Law erklärte, die Ansicht der Regierung gehe dahin, daß die französische Ruhraktion nichts anderes als schlimme Folgen zeitigen könne; doch glaube die Regierung, wenn sie auch anderer Ansicht sei als Frankreich, nicht, daß es dem englischen Interessen oder dem Interesse der Welt zum Nutzen gereiche, wenn sie gegenüber Frankreich eine antagonistische Haltung einnähme. Er glaube nicht, daß die Haltung Deutschlands anders gewesen wäre, wenn England sich Frankreich angeschlossen hätte. Der deutsche Widerstand beruhe auf der Ueberzeugung, daß die Sanktionen um der unerfüllbaren Forderungen willen auferlegt worden seien. Die Verzweiflung habe die Deutschen zu dieser Haltung veranlaßt. Die wesentlichste Frage sei, ob irgend eine Intervention zweckmäßig sein würde oder nicht, angesichts der Feindseligkeit Frankreichs und der wahrscheinlichen Feindseligkeit Belgiens und Italiens gegenüber dem Vorschlag auf eine Intervention des Völkerbundes werde ein solcher Vorschlag den Ruin des Völkerbundes bedeuten. Kein Vertreter der amerikanischen Regierung habe etwas verlauten lassen, was darauf hindeute, daß Amerika geneigt sei, bei den europäischen Streitigkeiten zu intervenieren. Bonar Law schloß, er wisse nicht, wann der Augenblick für die Intervention kommen könne. Bisher sei er jedenfalls nicht gekommen. Er wolle noch einmal wiederholen, daß die Regierung zu der Schlußfolgerung gelangt sei, daß es im Interesse der Entente liegen würde, die englischen Truppen solange wie möglich in Deutschland zu belassen. Ihre Zurückziehung würde ein ernster Schritt sein, der die Beibehaltung der Entente schwieriger gestalten würde als bisher.

Vermischtes.

Festnahme einer Räuberbande in Berlin. Der Berliner Polizei ist die Festnahme einer Räuberbande gelungen, welche die Besucher des städtischen Asyls in Berlin ausplünderten. Besonders wurde den aus dem Asyl Entlassenen die Brotportion geraubt und weiter verkauft. Eine andere Art der Betätigung der Bande war die Ausplünderung von Betrunkenen der Kaschemmen in der Umgebung des Asyls, wobei eine gewisse Fiedler aus Wronke Schlepperdienste leistete.

Hotelbrand in Wien. Wie die Berliner Blätter aus Wien melden, ist in der vorletzten Nacht das Parkhotel in Hietzing abgebrannt. Die Ursache ist anscheinend Kurzschluß. Das ganze Hotel mußte geräumt werden.

Beim Ausgeben eines falschen Zehntausendmarkscheines wurde in Mannheim ein 20 Jahre alter Schüler festgenommen. Sechs weitere Falschscheine wurden bei ihm gefunden. Dem Hauptfälscher ist man auf der Spur.

Die Spinne.

Roman von Sven Elvestad.

Berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Julia Koppel.

Amerikan Copyright 1922 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden-21.

14. Fortsetzung.

Asbjörn Krag nickte.

„Als ich erfuhr," sagte er, „daß Sie heimlich verlobt seien mit einer Dame namens Ada König, dachte ich mir gleich: den Namen hat er für das Buchstabenschloß benutzt, das tun verliebte Leute gewöhnlich. Es war nur eine Mutmaßung, aber Sie müssen zugeben, daß sie nicht ohne Wahrscheinlichkeit war."

„Freilich."

Und es zeigte sich auch, daß es stimmte. Sie sollten das Wort im Buchstabenschloß jetzt lieber verändern, Herr Konsul."

Einar Falkenberg saß eine Weile schweigend. Er nippte an seinem Glas. Dann sagte er: „Da Sie mein Verhältnis zu dieser Dame nun kennen, möchte ich Sie der Dame wegen darauf aufmerksam machen, daß unsere Verbindung makellos ist. Ich liebe sie und will sie heiraten —"

Krag machte eine abwehrende Bewegung. „Das geht mich nichts an," sagte er. „Dagegen möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß auch eine andere dieses Verhältnis kennt, und zwar länger als ich —"

„Wen meinen Sie?"

„Valentine."

„Die Spinne!" rief Falkenberg. „Ja, Sie mögen recht haben."

„Vielleicht hat es nichts zu bedeuten", fuhr der Detektiv beruhigend fort. „Vielleicht hat sie es vergessen. Aber Sie sollten Ihre Aufmerksamkeit darauf richten."

Die Herren hatten jetzt gegessen, und der Detektiv schlug vor, daß sie sich sofort zur Stadt begeben sollten.

Der Konsul stimmte ihm zu. Er hatte verschiedenes in seinem Kontor zu tun.

„Wollen wir gehen?" fragte er.

„Es wäre besser, wenn wir führen", antwortete der Detektiv. „Haben Sie nicht einen sehr eleganten Wagen?"

„Einen eleganten Wagen?" rief Falkenberg erstaunt. „Ja, ich habe einen nagelneuen Landauer."

„Den nehmen wir. Und dann Ihre prachtvollen Rappen mit dem neuesten und blitzendsten Geschirr."

„Aber es wäre mir unangenehm, Aufsehen zu machen", wandte der Konsul ein. „Es wird zweifellos auffallen, wenn ich zeitig an einem Werktag in solchem Glanz zur Stadt komme."

„Tun Sie es dennoch. Ich habe eine bestimmte Absicht damit."

„Das ist etwas anderes."

Er gab Bescheid, daß angespannt werden sollte.

„Es wundert mich übrigens," sagte der Konsul, indem sie in den Wagen stiegen, „daß Sie Ihre vorzügliche Verkleidung abgelegt haben und wieder Asbjörn Krag geworden sind."

„Das habe ich aus Rücksicht für Sie getan", antwortete der Detektiv.

„Für mich?"

„Ja, um Sie aus den Klauen der Spinne zu retten. Wenn wir in diesem aufsehenerregenden Wagen durch die Stadt fahren, wird alle Welt uns sehen und man wird sagen: 'Sieh, da fährt ja Konsul Falkenberg und der Detektiv Asbjörn Krag.' Bevor eine Stunde um ist, wird Valentine es wissen, und sie ist klug genug, zu begreifen, daß Sie mich ihrer selbst wegen aufgesucht haben."

Der Konsul hörte mit gespanntem Interesse zu.

„Und sie wird sich darüber klar sein", fuhr Krag fort, „daß sie in mir einen ebenbürtigen und gefährlichen Gegner hat. Darum wird sie ihre Angriffe gegen mich statt gegen Sie richten. Sie würde Sie bald auf die teuflischste Weise zu Tode gequält und mit Schande bedeckt haben. Wie Sie sehen, gebe ich mich selbst preis, um Sie zu entlasten. Damit Valentine aber keinen Augenblick im Zweifel ist, wie ernst ich es meine, werde ich sie selbst von meinem Vorhaben in Kenntnis setzen."

„Und was haben Sie vor?" fragte Falkenberg.

„Im Augenblick steht diese gefährliche Frau ganz unantastbar da", sagte der Detektiv. „Sie verkehrt sogar in der höheren Gesellschaft, empfängt Einladungen von einem verhältnismäßig so vornehmen Mann wie dem Kammerherrn Toten. Alle bewundern ihren Geist, ihren Edelsinn und ihre Schönheit, keiner zweifelt an ihr, ich aber will sie unterrichten, daß ich weiß, daß sie eine elende Verbrecherin, eine schlechte und grausame Frau ist, und sie soll wissen, daß ich nicht ruhen werde, bevor ich genug Beweise habe, sie zu entschleiern."

„Und wie soll sie dies alles erfahren?" fragte der Konsul.

„Ich will es ihr selbst sagen", antwortete Krag, „offen und ehrlich, bevor ich den Kampf beginne."

Der Detektiv sah auf seine Uhr.

„Um 1 Uhr will ich der Spinne meine Aufwartung machen", sagte er.

Der elegante Landauer mit den schwarzen Trabern fuhr rasch durch die Allee an dem sonnigen Sommervormittag.

Falkenberg war düster und ernst.

Aber niemand konnte Asbjörn Krags sorglosem Gesicht ansehen, daß er mit dieser Fahrt den Kampf gegen eine gefährliche Verbrecherin einleitete.

Und viele Menschen bemerkten, daß dort Konsul Einar Falkenberg und der berühmte Detektiv Asbjörn Krag zusammen fuhren.

8. Kapitel.

Konsul Einar Falkenberg und Asbjörn Krag fuhren zusammen zum Kontor des Konsuls. Hier schieden die Herren von einander; Asbjörn Krag fuhr mit einer gewöhnlichen Droschke zum Polizeiamt, um verschiedene Anordnungen für den Tag zu treffen.

Er hielt sich fast eine Stunde im Polizeiamt auf und hatte eine längere Unterredung mit dem Chef der Geheimpolizei. Obgleich Asbjörn Krag nicht aktiv im Dienst war, gab ihm der Chef dennoch die Vollmacht, ganz wie ein Polizeibeamter zu handeln.

Inzwischen war die Uhr zur Mittagsstunde vorgerückt und da Krag beschlossen hatte, Valentine Kempel um 1 Uhr seine Aufwartung zu machen, mußte er sich jetzt beeilen, da er vorher noch einige Dinge zu erledigen hatte. Im Begriff, das Polizeiamt zu verlassen, begegnete er einem Mann, der atemlos mit einem Brief in der Hand angelaufen kam.

Krag hielt ihn fest und fragte:

„Wohin wollen Sie?"

„Ich habe einen Brief für Asbjörn Krag", sagte der Mann, „es eilt."

Der Detektiv nahm den Brief, der aus einem Stück Zeitungspapier bestand. Darauf hatte Jens, Krags junger Gehilfe, geschrieben: „In diesem Augenblick fährt das Automobil durch die Karl-Johann-Straße."

In der nächsten Sekunde war Krag unten auf der Straße, wo es ihm glückte, gleich eine Droschke zu bekommen.

„Kennen Sie mich?" fragte der Detektiv.

„Jawohl", antwortete der Kutscher lächelnd.

Der Detektiv stieg in die Droschke.

„Sie wissen," fuhr er fort, „daß ich keinen Widerspruch von euch Kutschern dulde, wenn ich mit euren elenden Rumpelkasten fahre."

„Ja."

„Aber Sie wissen auch, daß ich gut bezahle und nie über die Rechnung schimpfe."

„Wir fahren niemand lieber als Sie, Herr Krag."

„Gut. Fahren Sie langsam durch die Karl-Johann-Straße und geben Sie gut acht, auf das, was ich Ihnen sage."

Fünf Minuten später bog der Wagen um die Ecke beim Postgebäude und im langsamen Trab ging es jetzt durch die Karl-Johann-Straße. Es war ein herrlicher, sonniger Tag, die Straße wimmelte von Menschen und Fahrzeugen.

Vor dem Grand Hotel wartete ein großes grünes Automobil. Asbjörn Krag sah gleich, daß es das Automobil war, daß er suchte, mit den [illegible]

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe. Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat den Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe, der für 12 Sonntage des Jahres Ausnahmen zugesteht, abgelehnt. Die vorgeschlagenen Abänderungen, die die Angestellten um die ihnen grundsätzlich zugesprochenen freien Sonntage bringen könnten, fanden bei der Arbeitnehmerseite keine Billigung; man solle es bei dem geltenden Rechte lassen.

Der bayerische Ministerpräsident in Berlin. Die angekündigten Besprechungen zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr von Knilling und dem Reichskanzler Dr Cuno haben der Börsenzeitung zufolge am Montag begonnen.

Wichtige Gemeindefragen.

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hat in der letzten Zeit zu einer großen Anzahl wichtiger Finanz-, Steuer-, Wirtschafts- und Beamtenfragen der sächsischen Gemeinden eingehend Stellung genommen. Mit Nachdruck wurde zunächst erneut auf die bedrohliche Finanzlage der sächsischen Gemeinden hingewiesen, die durch die Geldentwertung der letzten Zeit eine außerordentliche Verschärfung erfahren hat. Es wurde beschlossen, die sächsische Regierung um die entsprechenden Maßnahmen zu ersuchen, den sächsischen Gemeinden mit größter Beschleunigung, sei es aus eigenen Mitteln, sei es mit Unterstützung des Reiches, erneut einen größeren Vorschuß auf die den Gemeinden zustehenden Steuerüberweisungen zu gewähren bezw. zu vermitteln, und vor allem auch dafür Sorge zu tragen, daß die laufenden Ueberweisungen aus der Einkommensteuer rascher und ausgiebiger erfolgen, als es zurzeit der Fall ist. Da die gesetzlich festgelegten Umsatzsteueranteile der Gemeinden bei diesen nur mit erheblicher Verzögerung und häufig erst nach dringenden Vorstellungen bei den zuständigen Reichsfinanzbehörden eingehen, wurde beschlossen, nochmals an das Reichsfinanzministerium und an die sächsischen Landesfinanzämter wegen einer beschleunigten Ueberweisung heranzutreten. Die rechtzeitige Ueberweisung dieser Umsatzsteueranteile ist für die Gemeinden aus dem Grunde von allergrößter Bedeutung, weil die Umsatzsteuer eine der wenigen laufend fließenden Einnahmequellen ist, die sich zugleich am raschesten der fortschreitenden Geldentwertung anpaßt.

Eine weitere Belastung ist den Gemeinden erwachsen durch das neue Reichsgesetz vom 4. Februar d. J. über die Kleinrentnerfürsorge, das den Gemeinden die Tragung von 20 Prozent der entstehenden Gesamtaufwendungen — außer den hohen Verwaltungskosten — auferlegt. Leider ist es zur Gewohnheit geworden, neue Ausgaben des Reiches auf die finanziell ohnehin bereits überlasteten Gemeinden abzustellen, ohne ihnen die erforderlichen Mittel für ihre Durchführung gleichzeitig mit zu überweisen. Der Vorstand beschloß daher, die sächsische Regierung um Uebernahme der Hälfte dieser den Gemeinden angesonnenen Lasten auf die Staatskasse zu ersuchen. Auch dem Landtage soll dieser Antrag der Gemeinden mit der Bitte um Unterstützung zur Kenntnis gebracht werden. — Auch die ungenügende Entschädigung für die Behändigung der Steuererklärungen für die Einkommensteuer-Veranlagung 1922 und für die Einziehung der Kirchensteuern gab Anlaß zu entsprechender Stellungnahme. — Dem Steuerausschuß des Reichstages liegt gegenwärtig der Entwurf eines Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen vor. Die sächsische Regierung hat eine bereits erfolgte Anregung des Sächsischen Gemeindetages, in gleicher Richtung Schritte zu unternehmen, die eine Entwertung der für Sachsen zu erhebenden Landes- und Gemeindesteuern verhüten sollen, abgelehnt. Es sollen jedoch die entsprechenden Anträge erneut gestellt und dabei betont werden, daß die Gemeinden nicht nur an einer solchen Regelung auf dem Gebiete des Steuerwesens, sondern auch hinsichtlich der Verwaltungskosten und vor allem bei den Strafbestimmungen, und zwar sowohl bei den kriminellen als auch bei den sogenannten Zwangsstrafen, interessiert sind.

Auch zu dem dem Landtage vor kurzem zugegangenen Gesetzentwurf über die Einführung einer Zugtiersteuer in Sachsen wurde Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß das Land die Reichskraftfahrzeugsteuer in vollem Umfange für sich beansprucht. Der bereits gestellte Antrag des Sächsischen Gemeindetages, den Gemeinden als den Wegeunterhaltungspflichtigen wenigstens die Hälfte der Reichskraftfahrzeugsteuer zur Verfügung zu stellen, soll erneuert und hinzugefügt werden, daß mit Rücksicht auf die entstehenden hohen Verwaltungskosten bei der Bertetzung der Steuer ein möglichst einfacher Maßstab zugrunde gelegt werden möchte.

Weiter gelangte eine Vorlage des Wirtschaftsverbandes sächsischer Gemeinden zur Aussprache, die die Befreiung der werbenden Betriebe der Gemeinden und Gemeindeverbände von der Umsatz-, Körperschafts- und Vermögenssteuer zum Gegenstande hat. Als Ergebnis der eingehenden Aussprache wurde festgestellt, daß eine Steuerbefreiung auch der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe unbedingt abgelehnt, an der Steuerbefreiung vielmehr wie bisher so auch künftig nur für diejenigen Betriebe festgehalten werden soll, die ausschließlich im Besitze der Gemeinden und Gemeindeverbände sind. Auch gegen die Absicht der Regierung, wie die Elektrizitäts-, so auch die Gasversorgung für Sachsen der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, sprach man sich entschieden aus.

Vom Justizministerium wird für eine absehbare Zukunft die Ueberleitung der gemeindlichen Mieteinigungsämter auf die Amtsgerichte geplant. Nach langer Aussprache erklärte sich die Mehrheit des Vorstandes schließlich unter gewissen Voraussetzungen mit Rücksicht auf die zu erwartende finanzielle Entlastung der Gemeinden hiermit einverstanden. Auch soll das Justizministerium ersucht werden, bei der Uebernahme der in Frage kommenden Beamten mit den Gemeinden in Verbindung zu treten. — Die vom Sächsischen Gemeindetage seinerzeit beantragte Erhöhung der Landesgewerbesteuer um 300 Prozent noch für das Rechnungsjahr 1922 ist von dem zuständigen Ausschuß des Landtages abgelehnt worden. Es wurde einstimmig beschlossen, in einer Eingabe an den Landtag eine rückwirkende Erhöhung der Gewerbesteuer noch für das laufende Rechnungsjahr zu fordern.

Weiter nahm der Vorstand zu verschiedenen Fragen der sächsischen Gemeindebeamten Stellung. Der vom Sächsischen Gemeindetage aufgestellten Prüfungsordnung für die Beamten und Beamtenanwärter im mittleren Verwaltungsdienste der sächsischen Städte, Landgemeinden und Gemeindeverbände wurde zugestimmt. — Zur Frage der vierteljährlichen Gehaltszahlung an die Beamten wurde beschlossen, durch eine Eingabe an den Landtag, bei dem die Frage der Einführung der vierteljährlichen Gehaltszahlung an die Staatsbeamten zur Tagesordnung steht, anzulegen, daß die Finanzlage der Gemeinden es ihnen verbietet, für die sächsischen Gemeindebeamten allgemein die vierteljährliche Gehaltszahlung einzuführen.

Kunst und Wissenschaft.

Bühnen-Volksbund. Am vergangenen Sonnabend und Sonntag fand hier die erste Sächsische Landestagung des Bühnen-Volksbundes (Landesstelle Sachsen) statt. Die Landesstelle umfaßt rund 25 000 Mitglieder, die größte Theatergemeinde ist die Dresdner mit 15 000 Mitgliedern. Für 1923 wird in Verbindung mit den bestehenden Stadttheatern und der Sächsischen Landesbühne die Theaterpflege auch in theaterlosen Städten vorbereitet. Am Sonnabend wurde den Mitgliedern des Bundes im Neustädter Schauspielhause eine Aufführung von Ibsens „Peer Gynt" geboten. Am Sonntag fand im gleichen Theater eine Morgenfeier statt, in der das Striegler-Quartett, der schlesische Dichter Hermann Stehr und Direktor Willi mitwirkten. Am Sonntag-Nachmittag fand die eigentliche Landestagung statt, zu der sich auch Vertreter des Landtages, der staatlichen und städtischen Behörden und anderer Körperschaften eingefunden hatten.

Sport.

Der Münchriitzer Sportverein weilte am Sonntag mit seiner 1. und 2. Elf in Waldheim als Gast der gleichen Mannschaften der dortigen Spielvereinigung. Die 1. Mannschaft errang wiederum einen schönen Sieg, indem sie die erstklassigen Waldheimer mit 7:2 zu schlagen vermochte. Waldheim spielte nicht schlecht, schien aber die ganz vorzügliche Mannschaft der „Dörfler" unterschätzt zu haben. Bis zur Halbzeit schießt Münchritz 2 Tore. Nach Halbzeit kommt Waldheim zum 1. Erfolg. Dann fallen für Münchritz in kurzen Abständen 5 weitere Tore, dem Waldheim nur noch 1 Treffer entgegensetzen kann. Münchritz hatte einen recht guten Tag. Der Rechtsaußen Sauer war der beste Mann auf dem Felde. In dieser Form dürfte die Mannschaft einen beachtlichen Gegner abgeben. Ein Aufsteigen in eine höhere Klasse wäre ihr zu wünschen. Die neuaufgestellte 2. Mannschaft führte sich gut ein und erzielte merkwürdigerweise dasselbe Resultat.

VfB. 1.—Oschatz 1. 4:1 (2:1). Bei herrlichem Fußballwetter, Platz in guter Verfassung, trafen sich am vergangenen Sonntag obengenannte Mannschaften zum fälligen Verbandsspiel. Nach Anstoß entwickelte sich ein flotter Kampf, wonach das gegnerische Heiligtum oft in Gefahr kam, aber meistens wurde knapp neben oder an die Latte geschossen. In der 35. Minute schoß Präßler, Mag. durch Alleingang unhaltbar ein. Kurz nachdem erzielte Gans nach prächtigem Flankenschuß von halbrechts unhaltbar den 2. Treffer. Darauf Halbzeit. In der 2. Halbzeit errang der vorzügliche Linksaußen Gans noch 2 weitere Treffer. Zwei regelrechte Tore wurden nicht gegeben. VfB. 2.—Röderau 1. in Röderau brachte ebenfalls einen wohlverdienten Sieg nach Hause (4:1), (2:0). VfB. 3. gegen Döbeln 3., Döbeln nicht angetreten. Die Junioren-Mannschaft Brandenburg-Dresden sagte ab.

Volkswirtschaftliches.

Der Gedanke der wertbeständigen Anleihe hat sich durchgesetzt. Die wilden Schwankungen der Devisenkurse und damit des Geldwertes veranlassen die Sparer und Kapitalisten mehr und mehr Anlagen zu suchen, die für das seinerzeit zurückzuzahlende Kapital wie für die Verzinsung eine bestimmte Kaufkraft gewährleisten. Auch wenn der Dollar von der Höhe, die er in den letzten Wochen erstieg, wieder herabgeglitten ist, so lehrt doch die Erfahrung, daß die Kaufkraft des deutschen Geldes im Inland nicht entsprechend zu steigen vermag. Vielmehr wird auch bei einer Stabilisierung der Mark nach außen mit einem Anziehen der Preise zu rechnen sein, da sich der Währungsverfall im Innern noch nicht hat völlig auswirken können. Anlagen, die auf den jeweiligen Wert von Massengütern abgestellt sind, gewährleisten für die Rückzahlung unabhängig vom Geldwert, den gleichen wirtschaftlichen Wert, der bei der Einzahlung festgelegt wurde. Die sächsische wertbeständige Braunkohlenwertsanleihe legt als Maßstab den Bahnabfuhrpreis der Braunkohle zugrunde, die in den eigenen Gruben des Landes gewonnen wird. Der Ertrag der Anleihe wird in den staatlichen Braunkohlenwerken und dem auf der Braunkohlenausbeute begründeten staatlichen Elektrizitätsunternehmen investiert. Die jährliche Kohlenförderung der staatlichen Gruben hat bereits im Jahre 1921 1 Million Tonnen überschritten, ist seitdem im fortwährenden Steigen und wird mit dem Ertrag der Anleihen weiter gesteigert. Die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Anleihen, von denen bisher insgesamt 500 000 To. begeben sind, deren Rückzahlung auf 25 Jahre sich verteilt, ist also über jeden Zweifel erhaben. Einen besonderen Vorzug hat die Anleihe dadurch, daß sie nebeneinander eine wertbeständige ihrer Kaufkraft nach feststehende Verzinsung von 2 Prozent des jeweiligen Kohlenwertes der verbrieften Kohlenmenge und eine ihrem Betrag nach feststehende Verzinsung von 5 Prozent des Zeichnungspreises gewährt. Die 1. Ausgabe von 250 000 To. war bereits am 2. Zeichnungstage etwa 12fach überzeichnet. Da Zuteilung auf eine gleichgroße 2. Ausgabe vorbehalten war, konnten im ganzen 500 000 To. zugeteilt werden, weshalb Repartierung auf durchschnittlich ein Sechstel geboten war. Die Anleihe ist seither ständig über dem Ausgabekurs bewertet worden. Die Sächsische Staatsbank legt nunmehr — wie aus dem Inserat im Nachrichtenteil ersichtlich — die 3. Ausgabe von wiederum 250 000 To. zur Zeichnung auf. Da der Kohlenpreis inzwischen gestiegen ist, ist der Zeichnungspreis auf 27 500 Mk. für die Tonne festgesetzt. Die beste Verzinsung von 5 Prozent wird also nach diesem Betrag gewährt, woraus sich ergibt, daß der Kurs der früheren Ausgaben, bei denen ein bedeutend niedrigerer Zeichnungspreis fest verzinst wird, für die Bewertung dieser Emission keine Geltung hat. Die Kohlenprämie wird dagegen bei der 3. Ausgabe in derselben Weise errechnet, wie bei der 1. und 2. Ausgabe. Um dem Bedürfnis weiter Kreise entgegenzukommen, ist diesmal neben den Stücken von 2, 5, 10 und 20 Tonnen die Ausgabe von Stücken zu 1 Tonne vorgesehen. Die Zeichnungsfrist soll am 22. Februar beginnen. Es macht sich schon jetzt lebhaftes Interesse für diese Ausgabe geltend. Bedeutende Vorzeichnungen sind bereits angemeldet worden.

Die sächsische Markanleihe untergebracht. Die vom Freistaat Sachsen vom 1. bis 10. Februar d. J. neben der Braunkohlenwertsanleihe zur Zeichnung aufgelegten Markanleihe im Betrage von 1 Milliarde Mark ist in voller Höhe untergebracht worden. Die Zeichnungen konnten voll berücksichtigt werden.

Eine Kundgebung des deutschen Einzelhandels. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels teilt mit: Anläßlich einer Besprechung in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels am 17. d. Mts. über die gegenwärtige Lage im Einzelhandel kam einhellig der Wille zum Ausdruck, der gegenwärtigen politischen Sachlage auch weiterhin möglichst Rechnung zu tragen. In diesem Sinne ergeht ein Aufruf an den deutschen Einzelhandel, von dem Gedanken getragen, daß in Augenblicken nationaler Not wirtschaftliche Erwägungen zurücktreten müßten. Dabei wurde festgestellt, daß bei einer Reihe von Artikeln des täglichen Bedarfs bereits eine Senkung der Verkaufspreise erfolgt sei, vor allen Dingen bei denjenigen Waren, die bei der Markverschlechterung im Preise gestiegen waren, zum Beispiel bei Fetten, Oelen, Reis und sonstigen Importartikeln, ferner Nähgarn, Sternseide usw. Ein Teil der anderen Bedarfsartikel könne nicht in gleichem Umfange der Markbewegung folgen, weil bei ihnen bei sinkendem G-Mkwerte die Spitze der Markbewegung nicht erreicht war. Die Opfer des Einzelhandels sind umso größer, als er auch in diesem Augenblicke noch bei manchen Waren steigenden Lieferantenpreisen gegenübersteht.

Eine wertbeständige Anleihe in Preußen. Im preußischen Finanzministerium ist die erste Sitzung mit Vertretern der Privatbanken über die Frage der Auflegung einer inneren wertbeständigen Anleihe abgehalten worden. Die Beratungen sollen fortgesetzt werden. Das Ministerium faßt kurzfristige Reichsschatzwechsel im Betrage von 200 Millionen Goldmark ins Auge.

Aus der Tätigkeit der Dresdner Handelskammer. Die Reichsbahndirektion Dresden wurde ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Nebengebühren für die deutsche Zollabfertigung auf den deutschen Grenzbahnhöfen in der Tschechoslowakei nicht höher stellen, als im Inlande. — In einem Bericht an die Kreishauptmannschaft Dresden stellte sich die Kammer auf den Standpunkt, daß angesichts des starken Rückganges des Branntweinverbrauches ein Verbot der Verabreichung von Trinkbranntwein nicht angezeigt sei. — Der Handelskammer Plauen als Vorort der sächsischen Handelskammern wurde berichtet, daß gegen den Entwurf über Grundlöhne und Sterbegelder in der Krankenversicherung keine grundsätzlichen Bedenken erhoben werden.

Die Stabilisierung der Mark. Ueber die Stützungsaktion der Reichsbank ergeht sich die Oeffentlichkeit in Kombinationen der verschiedensten Art. Auffallend ist, so lesen wir in der „Sächs. Staatszeitung", daß immer wieder die Meinung auftaucht, daß die Besserung der Mark nicht von langer Dauer sein wird, weil sie künstlich herbeigeführt wurde. Dazu ist von vornherein zu bemerken, daß auch die sprunghaften Steigerungen des Dollarkurses, nicht nur die Katastrophenhausse am Devisenmarkt der letzten Zeit, sondern auch frühere Stadien der Geldentwertung wesentlich herbeigeführt worden sind durch Ausschreitungen der Spekulation, sodaß sich die Inlandskaufkraft der Mark immer wieder und lange Zeit hindurch bedeutend höher stellte als der Wert des deutschen Geldes am Weltmarkt. Es ist also nicht einzusehen, weshalb der spekulative Druck auf die Mark nicht für eine Weile durch das aktive Eingreifen der Reichsbank ausgeschaltet werden könnte, nachdem der frühere Sturz der Mark, nach einhelligem Urteil der Sachverständigen, in der Hauptsache darauf zurückzuführen war, daß es eben an einem derartigen Gegendruck zugunsten der Mark gefehlt hat. Nach zuverlässigen Informationen glauben wir versichern zu dürfen, daß recht erhebliche Mittel zur Stützung der Mark bereitstehen, von denen bisher nur ein verhältnismäßig geringer Teil in Anspruch genommen worden ist. Die Reichsbank hat also noch einen langen Atem und gedenkt von ihrer Kraft Gebrauch zu machen. Tut sie das aber — und das ist nach unserer Kenntnis der Dinge mit Bestimmtheit zu erwarten — dann wird mit einer verhältnismäßig stabilen Mark wenigstens während der nächsten Wochen zu rechnen sein. Voraussetzung ist natürlich, daß nicht innerpolitische Ereignisse die Berechnungen über den Haufen werfen. Sie zu vermeiden, wird Aufgabe aller derjenigen sein, die jene durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworenen Gefahren von der deutschen Arbeiterschaft und vom ganzen deutschen Volke abwenden wollen. Die Gerüchte von einer beabsichtigten Demission des Reichsbankdirektoriums sind unzutreffend. Völlig aus der Luft gegriffen sind auch die Mitteilungen der „Roten Fahne", die von einem geheimen Abkommen zwischen der deutschen Reichsbank und der amerikanischen Harrimangruppe wissen, das zugleich eine Stützung der Mark und eine Sabotage des französischen Franken vorsieht, und dessen Wirksamkeit auf zwei Monate befristet sein soll. Mit derartigen Mitteilungen leistet man der Haussespekulation in Devisen, also den Hyänen des deutschen Hungers, willkommenen Vorschub.

* * *

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenbörse zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, 17. Februar 1923: Weizen 40000—42000, Roggen 35000, Hafer 28000 bis 32000, Sommergerste 35000, Mais 55000, Maisschrot 58000, Kiele 28000—30000. Die Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter 5000 kg.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 57000—52000. Fest. Roggen, märkischer 43000—44500, pommerscher 43000—44000. Fest. Sommergerste, märkische 41000—43000. Fest. Hafer, märkischer 37000—38000. Fest. Mais loko Berlin 48000—49000. Fest. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 135000—150000. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Stetig. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 125000—135000. Stetig. Weizenkleie frei Berlin 28000 bis 29000. Roggenkleie frei Berlin 30000. Fester. Raps 95000—100000. Fester. Erbsen, Viktoria 70000—82000, kleine Speiseerbsen 50000—65000. Peluschken 90000 bis 110000. Ackerbohnen 50000—60000. Wicken 90000 bis 110000. Lupinen, blau 70000—80000, Lupinen, gelb 100000—110000. Serradella 120000—150000. Rapskuchen 37000—38000. Trockenschnitzel 175000—185000. Vollwertige Zuckerschnitzel 28000. Kartoffelflocken 27500 bis 29000.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 19. Februar. Auftrieb: 1. Rinder: 106 Ochsen, 93 Bullen, 247 Kalben und Kühe; 2. 441 Kälber; 3. 48 Schafe; 4. 750 Schweine, zusammen 1585 Tiere. Preise in Mark für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: **Ochsen:** 1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 190000 bis 200000 (354600), 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 160000 bis 170000 (317300), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 110000 bis 120000 (244700), 4. gering genährte jeden Alters 70000 bis 90000 (200000). **Bullen:** 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 190000 bis 200000 (326800), 2. vollfleischige jüngere 160000 bis 170000 (300000), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 130000 bis 140000 (259600), 4. gering genährte 80000 bis 100000 (200000). **Kalben und Kühe:** 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 190000 bis 220000 (354600), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 160000 bis 170000 (317300), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 130000 bis 140000 (300000), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 110000 bis 120000 (287500), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 70000 bis 90000 (235300). **Kälber:** 1. Doppellender —, 2. beste Mast- und Saugkälber 220000 bis 230000 (362900), 3. mittlere Mast- und gute Saugkälber 200000 bis 210000 (341700), 4. geringe Kälber 160000 bis 180000 (309100). **Schafe:** 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel 180000 bis 200000 (380000), 2. ältere Masthammel 120000 bis 160000 (311000). **Schweine:** 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr 270000 bis 280000 (352600), 2. Fettschweine 300000 bis 320000 (387500), 3. fleischige 240000 bis 260000 (333300), 4. gering entwickelte 210000 bis 230000 (317100), 5. Sauen und Eber 200000 bis 280000 (320000). Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nüchternes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang bei den Rindern schlecht, bei den Kälbern langsam, bei Schafen gut, bei Schweinen schlecht. Ueberstand: 128 Schweine, 40 Kälber, 133 Rinder, darunter 45 Kühe dänischer Herkunft.

SLUB
Wir führen Wissen.

Wertbeständige mündelsichere Braunkohlenwertsanleihe des Freistaates Sachsen

3. Ausgabe

über

250000 Tonnen Braunkohle

(Förderkohle der Görlitzer Syndikatsgruppe)

Zeichnungspreis: Mk. 27500.— für die Tonne

zuzüglich 7 % Stückzinsen seit 1. Februar 1923.

Rückzahlung ab 1927 in längstens 25 Jahresserien zum jeweiligen Kohlenwert (Bahnabsatzpreis einschließlich Steuer) der genannten Kohlensorte; verzinslich mit einem festen Betrage von 5 % des Zeichnungspreises zuzüglich einer wertbeständigen Kohlenprämie im jeweiligen Wert von 2 % der verbrieften Kohlenmenge. Der Kohlenwert wird aus dem Durchschnitt des Preises in dem dem Fälligkeitstage vorangehenden Kalendervierteljahr errechnet. Stückelung: 1, 2, 5, 10 und 20 t. Verzinsung ab 1. Februar 1923; Zinstermin: 31. Januar jedes Jahres.

Zeichnungsfrist: 22. Februar bis 2. März 1923.

Zahlung gegen Zuteilung per 10. März 1923.

Vorzeitiger Zeichnungsschluß und Zuteilung auf eine weitere gleichgroße Ausgabe bleibt vorbehalten.

Sächsisches Finanzministerium. **Sächsische Staatsbank.**

Zeichnungsstellen:

Allg. Deutsche Credit-Anstalt. Commerz- und Privat-Bank A.-G. Riesaer Bank A.-G. Sämtliche Sparkassen und Girokassen.

Landkrankenkasse zu Gröba.

Auf Grund der Verordnung vom 2. Februar l. J. über Grundlöhne in der Krankenversicherung sind mit Wirkung vom 12. Februar ab die Grundlöhne bis 3100 M. festgesetzt worden.

Vom 12. Februar ab werden folgende Lohnstufen angesetzt:

Stufe	Tagesarbeitsverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag 8%	Krankengeld tägl.	Sterbegeld (30fach)
14	mehr als 1800—2300 M.	2300 M.	1104 M.	1150 M.	69000 M
15	„ „ 2300—2700 „	2600 „	1248 „	1300 „	78000 „
16	„ „ 2700—3200 „	3100 „	1488 „	1550 „	93000 „
17	„ „ 3200 „	3600 „	1728 „	1800 „	108000 „

Vollständige Beitragstabellen sind an den Kassenstellen erhältlich.

Gröba, am 20. 2. 1923. Der Kassenvorstand: B. Hara, Vors.

Versteigerung

Sonnabend, den 24. Februar, norm. 10 Uhr, kommen durch mich in der **Hüblermühle, Rosenplatz Nr. 7,** nachstehende gebrauchte, aber noch gut erhaltene Gegenstände zur freiwilligen Versteigerung:

1 Landauer, 1 offener Kutschwagen, 1 Tafelschlitten mit 2 Pelzdecken, Schellenbänder, Kutschgeschirr, 1 Kutscherlivree, 1 Teppich, 1 gr. Ausziehtisch (Nußb.), 1 gr. Spiegel mit Schrank, 1 Sofa, 1 Bettstelle mit Matr., 1 kl. Büfett, 1 Waschtisch, 1 Küchenschrank, Tisch, Stühle u. Regale, elektr. Leuchter usw.

Riesa, Klötzerstr. 11. **P. Jähnig**
verpfl. Auktionator u. Taxator.

Suche für meine Tochter, welche Ostern die Handelsschule verläßt,

Stellung i. Kontor od. Büro.

Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Ein guter Hund

(Rottweiler mit Stammbaum), 1 Korbfederwagen (freiachsig), 1 Hinterlader preiswert zu verkaufen

Goethestraße 39.
Telefon 715.

Handleiterwagen, 10 Ztr. Trgkr., 1 Mil.-Mantel für gr. Pers., Jagd- u. Schäferhund zu verk. Zu erfr. bei **P. Jähnichen, Riesa 27.**

1 großer Tisch

(1,10×2,10 m), 2 Waschtischaufsätze aus Marmor preiswert zu verkaufen **Wettinerstr. 26.**
Fernruf 49.

Konfirmand.-Anzug, fast neu, preisw. zu verkaufen. Anzusehen norm. 8—12 Uhr **Auenstraße 2, Hinterhaus**

Krönungsfünfmarkstück (1701—1901) zu verkaufen. Offerten erb. unter B H 8 an das Tageblatt Riesa.

1 Schmiede-Ventilator 1 Tafel Messingblech

(40 □) zu verkaufen.
Seibt, Weida, Kirchstr. 14.
Fertige auch Geldkassetten billig an.

Guterhalt. gebrauchtes

Klavier

zu kaufen gesucht.
Angeb. m. Preisangabe u. B L 11 an Tagebl. Riesa.

Vom 27.—28. Februar werden wir in **Dresden, Hotel zum gold. Engel** Wilsdruffer Straße 7 anwesend sein, um

Künstliche Augen

nach der Natur für die Patienten anzufertigen und einzupassen.

F. Ad. Müller Söhne, Wiesbaden
Anstalt für künstliche Augen.

Ihr Bruch wird größer!

Er tritt unter der Pelotte hervor. Meine Erfindung D. R. P. hält ihn **wie die Hand** von **unten nach oben** zurück. **Ohne Feder.** H. St. E. schreibt: Für die Bänder für mein Kind und mich meine vollste Zufriedenheit, sie sitzen sehr gut, sind bei nichts hinderlich, man merkt gar nicht, daß man ein Band trägt. Dr. Winterhalter & Co., m. b. H., Halle S. Bin in **Riesa** im **Hotel Sächs. Hof nur Freitag, den 23. 2., von 8—2 Uhr.**

Nutzholzversteigerung

Freitag, am 23. Februar, kommen meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung:

ca. 600 fichtene Stämme und Derbstangen, bis 30 cm Unterstärke und bis 14 m lang
ca. 200 fichtene Stangen (Baumpfähle usw.)
ca. 25 Birken verschiedenster Stärke
ca. 20 Linden, etwa 25 cm Durchmesser

sowie diverse Eichennutzstücke, Eschen und schwächere Erlen (Pantoffelholz). — Zusammenkunft 9 Uhr am Ritterguthofe. **Rittergutsverwaltung Borna.**

Briefmarken.

Ausw. Interessent **sucht alte Sammlung,** bessere Einzelmarken aus den Jahren 1850—65 zu kaufen und zahlt dem **Tagespreise entsprechende Preise.** Gefl. Angebote unter S B 2993a an das Tageblatt Riesa. (Besuch erfolgt in Kürze.)

1. April wird für einen 7jähr. Knaben

Pension gesucht.

Beaufsichtigung der Schularbeiten und gute Erziehung Bedingung. Gefl. Angeb. an **Med.-Rat Meinig, Dresden,** Friedrichstr. 41, erbeten.
Porto wird in jedem Fall vergütet.

„Schneewitt"

Seifenpulver ist ein selbsttätiges Waschmittel mit Seifenschnitzl. Preis ½ Pfd. 1000 M., 1 Pfd. 2000 M. Zu haben in den meisten Geschäften. Hauptvertrieb

F. W. Thomas & Sohn.

Minderwertige Nachahmungen weise man entschieden zurück.

Achtung!

Habe einen **größ. Posten**

Koks

abzugeben im Zentner und fuhrenweise (eignet sich a. für Schmiede u. Schlosser).

Aug. Piotrowsky,
Kohlenhandlung,
Neuweida.

Briketttausgabe

für Stadt und Land **morgen Mittwoch i. Hofe.**

Karl Postrach,
Nenaröba.

Frische grüne Heringe

Clemens Bürger.

Bei meinem Wegzuge von Riesa sage allen lieben Freunden und Bekannten **herzliches Lebewohl!**

Bringe gleichzeitig zur Kenntnis, daß ich die **Restauration zur guten Quelle** in Lommatzsch (Kornstr. 32) übernehme u. bitte um recht rege Unterstützung. Hochachtungsvoll

Gustav Kunath
nebst Frau,
Riesa, Kasernenstr. 1.

Bäckerinnung Riesa.

Die Beerdigung unseres lieben Ehrenobermeisters Herrn **Moritz Berg** findet Donnerstag nachmittags 2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt. Zusammenkunft 1 Uhr im Hotel Höpfner. Vollzählige Beteiligung ist Ehrensache.

R. Röhrborn,
Obermstr.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Vereinsnachrichten

Sängerkranz. Donn. 7 U. Hauptprobe b. Höpfner.

Schneider-Zwangs-Innung zu Riesa u. Umg.

Anfertigungspreise (ohne Zutaten) bis 1. März 1923:

Sakko-Anzug	M. 80—90000
Hose	„ 20000
Schlüpfer oder Sommerpaletot	„ 65000

Sämtliche Zutaten zum Tagespreise.

Achtung! Achtung!

Nur an Wiederverkäufer!

Schneewitt-Seifenpulver

Pfund 1200 Mark.

Bruno Burghardt, Gröditz
Fernruf 41.

Ankauf Gold — Silber, Platin — Ganze Gebisse — Einzelne Zähne — Juwelen, Gegenstände und Bruch aller Art **Baark**

Riesa, Bismarckstr. 65 part., Ecke Klötzerstr.

Ehe Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos bei mir abschätzen. Strengste Diskretion.

Für die wohltuenden Beweise der Teilnahme, trostreichen Worte und Gesänge beim Heimgange unserer lieben Mutter und Großmutter, Frau

Emilie verw. Günther

verw. gew. Thielemann

danken wir aufs herzlichste.

In tiefer Trauer

Weida, den 19. 2. 1923.

Familie Weber
Familie Thielemann, Dresden.

Ja. kinderl. Ehepaar bietet

200000 Mark

für Freimachen ein. **Wohnung,** eins. Person kann mietfrei wohnen bleiben, evtl. **Hauskauf** m. freiw. Wohnung erwünscht.

Offerten unter B M 12 an das Tageblatt Riesa.

Chauffeur

ledig, 20 Jahre, **sucht Stellung.** Führerschein Klasse 1, 2 und 3b. Angebote erb. **Ernst Thomas, Gleina** bei Stauchitz. — Telefon Stauchitz Nr. 37.

Heute früh 6¼ Uhr entschlief sanft und ruhig unser lieber guter Vater, Herr Lokomotivführer

Friedrich Wilhelm Otto Gläser

im Alter von 65 Jahren.

In tiefem Weh

Riesa, 20. Febr. 1923.

Margarete Walther geb. Gläser
Johannes Walther
im Namen der Trauernden.

Beerdigung findet Freitag um 1 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Nachruf!

Nach langem schweren Leiden schied aus unserer Mitte unser lieber Jugendfreund

Kurt Schneider.

Wir rufen ihm tiefbetrübten Herzens ein „Ruhe sanft" in die Ewigkeit nach.

Röderau, 20. 2. 1923.

Seine Jugendfreunde und -freundinnen von Röderau.

Nachdem es Gott in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen hat, unsere unvergeßliche Gattin und Mutter

Ida Elsa Hanke geb. Nitsche

so plötzlich und unerwartet aus der Zeitlichkeit in die Ewigkeit abzurufen, drängt es uns, allen denen, die uns durch ihre liebevollen Beweise innigster Teilnahme durch Wort, Schrift und überaus reichen Blumenschmuck, sowie durch ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte so zahlreich zur Seite standen, nur hierdurch unsern

herzinnigsten Dank

auszusprechen.

Dir aber, liebe Entschlafene, rufen wir ein „Ruhe sanft" in die Ewigkeit nach.

Heyda, den 19. Februar 1923.

Die tiefbetrübte Familie Oskar Hanke
nebst allen Hinterbliebenen.

Kriegerverein „König Albert" Riesa.

Unerwartet starb am Sonntag unser lieber Kamerad, das Ehrenmitglied

Stadtrat a. D. Moritz Berg

Mitkämpfer von 1870/71, Inhaber des Ritterkr. 2. Kl. v. Albrechtsorden, sowie mehrerer Kriegs- u. Bundesauszeichnungen.

Er gehörte seit Gründung des Vereins dem Vorstande ununterbrochen in der Kassenverwaltung an. Seine Anhänglichkeit an den Verein, auch in den letzten Jahren seines schweren Leidens, wird allen Kameraden unvergeßlich bleiben. Wehmütigen Herzens rufen wir ihm ein herzliches „Habe Dank!" nach.

Zur Beerdigung stellt der Verein am Donnerstag ½2 Uhr im „Engel". Beteiligung der Kameraden ist Ehrenpflicht.

Die Zeitungs-Anzeige

übertrifft an Schnelligkeit alle übrigen Reklamearten

Junges Mädchen, 24 J. alt, im bürgerl. Haushalt u. sämtl. Hausarbeit bewandert, mit etwas Nähkenntnissen, **sucht Stelle als Stütze der Hausfrau,** auch auf Gut, bei nur guter Behandlung u. Kost. Möglichst in Riesa od. nächste Umgebg. erwünscht. Eintritt kann per 1. April erfolgen. Off. mit Lohnangabe erbeten unt. B J 9 an das Tageblatt Riesa.

Junges besseres

Mädchen

wird für leichte Hausarbeit bei hohem Lohn u. guter Kost, bei Familienanschluß, **gesucht.** Off. u. B G 7a an Tagebl. Riesa.

Älteres Hausmädchen

m. Lust hat Gäste z. bedien., sucht **Restaur. Germania.**

Bäckerlehrling

für Ostern gesucht.
Otto Scheuer, Bäckermstr., Langenberg.

Wer erteilt englischen Sprachunterricht in Abendstunden. Gefl. Off. u. B K 10 an Tagbl. Riesa.

Poincaré über die Memel- und Ruhrfrage.

Die Massenausweisungen.

Die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel sind angewiesen worden, den dortigen Regierungen aus Anlaß der Ausweisung des Oberpräsidenten Fuchs folgende Note zu übergeben:

„Die Interalliierte Rheinlandkommission ist in ihren von der deutschen Regierung schon wiederholt charakterisierten rechts- und vertragswidrigen Maßnahmen gegen die deutsche Verwaltung und gegen die deutschen Beamten soweit gegangen, auch den obersten Beamten der preußischen Rheinprovinz, den Oberpräsidenten Fuchs nebst seiner Familie aus dem besetzten Gebiet auszuweisen.

Oberpräsident Fuchs wird getragen von dem rückhaltlosen Vertrauen seiner Heimatprovinz, wo er und seine Familie fest verwurzelt sind. Um so größer ist die Entrüstung der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes über das ihm widerfahrene Unrecht. Schon während seiner Tätigkeit als Regierungspräsident in Trier hatte Herr Fuchs durch die Tat bewiesen, daß er gewillt war, mit den Besatzungsbehörden im Rahmen des Rheinlandabkommens loyal zusammenzuarbeiten. Mit dieser Absicht hatte er auch seinen jetzigen Posten angetreten. Wenn er es im weiteren Verlauf der Dinge ablehnte, sich solchen Anordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission zu unterwerfen, die sich nicht auf das Rheinlandabkommen stützen, so war dies sein Recht und seine Pflicht als preußischer Beamter und als Deutscher.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Ausweisung des Oberpräsidenten nachdrücklichen Protest.

Ferner sieht sich die deutsche Regierung bei dieser Gelegenheit veranlaßt, erneut und allgemein auf die Massenausweisungen aus dem besetzten Gebiet zurückzukommen, die von der Interalliierten Rheinlandkommission offenbar systematisch zwecks Erreichung bestimmter ganz außerhalb ihrer Aufgaben liegender Ziele betrieben werden.

Es sind nunmehr der Oberpräsident der Rheinprovinz und, mit einer Ausnahme, sämtliche Regierungspräsidenten der belgischen und französischen Zonen ausgewiesen. Von der gleichen Maßnahme sind alle Oberregierungsräte und mehr als die Hälfte der gesamten höheren Beamten der Wiesbadener Regierung betroffen worden. Die Forstkammer bei der Regierung der Pfalz weist nicht mehr einen einzigen höheren Beamten auf. Im Regierungsbezirk Koblenz sind sämtliche Landräte der Kreise südlich der Mosel entfernt worden. Ferner wurden ausgewiesen der Oberbürgermeister der Stadt Mainz und sein Stellvertreter, der Oberbürgermeister der Stadt Trier und seine beiden Beigeordneten, der Bürgermeister der Stadt Cleve und alle Beigeordneten, desgleichen die Reichsbahndirektionspräsidenten von Trier, Ludwigshafen und Mainz. In besonders großer Zahl sind von dieser Maßnahme betroffen die Beamten der Forst- und Zollverwaltung. Aber auch unbeamtete Personen sind von der Ausweisungspolitik der Rheinlandkommission nicht verschont geblieben. So mußten ein Redakteur in Wiesbaden, ein Gewerkschaftssekretär und 25 Studenten der Technischen Hochschule in Aachen das Land verlassen.

Auch die Form der Ausweisung ist mit dem Charakter einer friedlichen Besetzung unvereinbar. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat sich in einer an den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete gerichteten Note gegen den Vorwurf der Brutalität verwahrt. Die deutsche Regierung muß diesen Vorwurf aufrechterhalten. Wenn die Interalliierte Rheinlandkommission behauptet, sie habe nichts anderes getan, als „die Beamten in ihr eigenes Land" zurückzuschicken, so kann diese Aeußerung einer ausländischen Behörde nur als Hohn empfunden werden, der um so weniger am Platze ist, als nicht nur Oberpräsident Fuchs, sondern z. B. sämtliche ausgewiesenen preußischen Regierungspräsidenten und Landräte rheinischen Familien entstammen.

In den meisten Fällen sind die Beamten auf der Stelle verhaftet und sofort zwangsweise in das unbesetzte Gebiet abgeschoben worden. Einige Beamte wurden am Rande des besetzten Gebiets auf offener Landstraße von den Gendarmen abgesetzt. Dort sind die Familien tagelang im Ungewissen über das Schicksal ihres Familienhauptes geblieben.

Die Ausdehnung der Ausweisung auf die Familienangehörigen ist ein besonders inhumanes Pressionsmittel, das sich selbst richtet. Die Grausamkeit dieser zwecklosen Maßregel wird aber dadurch noch verschärft, daß den Familien nur eine Frist von 4 bis 8 Tagen zum Verlassen des besetzten Gebiets gewährt wurde. Die Interalliierte Rheinlandkommission ist über die in Deutschland herrschende Wohnungsnot genau unterrichtet. Sie hat ihre Anordnungen also in voller Kenntnis dessen getroffen, was heute in Deutschland für eine Familie die Aufgabe ihrer Wohnung bedeutet. Für die Familien ist die Vertreibung gleichbedeutend mit der sicheren Aussicht, erst nach Jahren wieder ein Familienleben in eigenen Räumen führen zu können. Die Familien sind überdies häufig verhindert, ihre Möbel, unter den gegenwärtigen Verhältnissen oft der einzige kostbare Besitz, in Sicherheit zu bringen, da in ihren Räumen Angehörige der Besatzung einquartiert sind oder unmittelbar nach der Ausweisung einquartiert werden.

Die Hoffnung, durch derartige Mittel deutsche Beamte dazu zu bringen, daß sie sich zur Mitarbeit gegen die Deutsche Regierung und gegen das deutsche Vaterland bereit finden, ist trügerisch. Die Mittel, welche die Interalliierte Rheinlandkommission anwendet, sind aber nicht nur vergeblich, sondern verstoßen gegen Recht und Moral."

Eine Abschrift der Note ist durch den Reichskommissar in Koblenz der Interalliierten Rheinlandkommission übergeben worden.

Die Orientfrage.

Den türkischen Blättern zufolge hat Ismet Pascha erklärt, er werde dem Ministerrat einen Bericht unterbreiten, über den dann die Nationalversammlung verhandeln werde. Diese werde die Minister beauftragen, eine Note an die Mächte abzufassen, die die Friedensbedingungen der Türkei auseinandersetzen werde. Die Mächte ihrerseits würden in ihrer Antwort hierauf Ort und Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Verhandlungen bestimmen. Ismet Pascha erwarte, daß die Nationalversammlung die Haltung der türkischen Delegation bestätige und unterstütze. Man dürfe annehmen, daß Angora als Ort für die Wiederaufnahme der Verhandlungen Konstantinopel vorschlagen werde.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Der französische kommunistische Bergarbeiterverband stimmt in einer Kundgebung die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um 3,25 Francs in den nordfranzösischen Gruben zur Kenntnis und erklärt, die Arbeit werde erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die Forderungen in sämtlichen Bergwerksbezirken erfüllt wären.

Die Debatte im englischen Unterhaus.

Das englische Unterhaus wurde vor Eröffnung der Debatte über den gemeinsamen Antrag der Liberalen und der nationalen Liberalen, in dem empfohlen wird, eine Intervention des Völkerbundes herbeizuführen und Amerika aufzufordern, an der Beratung über die Reparationsfrage teilzunehmen, Bonar Law ersucht, eine Erklärung über die kürzlichen Verhandlungen zwischen England und Frankreich abzugeben. Bonar Law lehnte eine Mitteilung ab und sagte nur: Wir haben der französischen Regierung gewisse Vorschläge gemacht, aber eine Antwort noch nicht erhalten. Solange diese Antwort nicht eingetroffen ist, ziehen wir es vor, die Angelegenheit nicht zu erörtern.

Weiter wird aus London gemeldet: Montag nachmittag begann im vollbesetzten Unterhaus die Debatte über den gemeinsamen liberalen Abänderungsantrag, in dem gefordert wird, bezüglich der Operationen der französischen und belgischen Regierung im Ruhrgebiet den Völkerbund zu ersuchen, unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, um Bericht zu erstatten über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, sowie über die besten Methoden, solche Zahlungen zu verwirklichen. Ferner fordert der Abänderungsantrag, daß der britische Vertreter im Völkerbundsrat beauftragt werden solle, darauf zu dringen, daß eine Einladung an die amerikanische Regierung ergeht, Sachverständige für diese Kommission zu ernennen. Das nationale liberale Parlamentsmitglied, der frühere Unterrichtsminister Fisher, brachte den Antrag ein. Der unabhängige Liberale Pringle trat ebenfalls nachdrücklichst für den Abänderungsantrag ein. Hierauf sprach Lord Robert Cecil, der sich gegen den Antrag wandte.

Fisher gab in seiner Rede der Ueberzeugung Ausdruck, die Mehrheit des Hauses und der Nation sei der Ansicht, daß die Regierung den Franzosen bei der Besetzung des Ruhrgebietes nicht assoziiert sei. Er hoffe, daß die Franzosen durch die wenigen Vertreter der öffentlichen Meinung, die das Ruhrunternehmen unterstützen, nicht zu dem Glauben verleitet würden, daß die französische Politik die Unterstützung Englands besitze. Die Ansicht des Hauses und des Landes sei in den letzten Monaten von Asquith und Bonar Law richtig zum Ausdruck gebracht worden.

Lord Robert Cecil (Kons.) sprach die Hoffnung aus, das Haus werde sich keine Politik zu eigen machen, ohne die zu erwartenden praktischen Ergebnisse zu berücksichtigen. Die Enttäuschung Frankreichs in der Reparationsangelegenheit sei verständlich. Er sei überzeugt, daß diese Frage letzten Endes vom Völkerbund geregelt werden müsse.

Lloyd George erklärte, die Freundschaft für Frankreich bedeute nicht, daß England jede Handlung eines jeden französischen Ministeriums billigen müsse. In der Reparationsangelegenheit sei nichts zu finden, was einen derartigen gewaltsamen Schritt, wie den von Frankreich unternommenen, erforderlich mache. Er sei von der Berechtigung der Forderung nach Reparationen überzeugt. Aber wenn der jetzt unternommene Schritt keinen Erfolg habe, dann könnten Reparationen nicht mehr in Frage. Und wenn er Erfolg habe, dann würden die Kosten derartig groß sein, daß ebenfalls keine Reparationen herausspringen würden. Lloyd George appellierte an die Regierung, eine Aktion zu unternehmen, und sprach die Ansicht aus, die Regierung solle sich mit den Vereinigten Staaten in Verbindung setzen und beide Länder sollten dann gemeinsam an Frankreich herantreten.

Der liberale Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede wurde vom englischen Unterhaus mit 305 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

Die Erklärungen Poincarés.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der französischen Kammer gab Poincaré nach dem offiziellen Communique ein eingehendes Exposé über die Verhältnisse in der Memel-Angelegenheit und sprach über die Entscheidungen der Botschafterkonferenz, über das Statut dieses Gebietes und seine Zusprechung an Litauen mit der Autonomie der Stadt und einer Garantie für den Transit. Er gab auch eingehende Auskünfte über die revolutionäre Bewegung in Memel und über die Art, wie die Ordnung wieder hergestellt und im Einverständnis mit den Alliierten Frankreichs eine neue Regierung eingesetzt wurde. Poincaré verbreitete sich auch über die Zwischenfälle, die sich in der neutralen Zone von Borany zwischen Polen und Litauern ereignet haben. Er ging alsdann auf die Verfehlungen Deutschlands ein, die in Ausführung des Friedensvertrages die Besetzung des Ruhrgebietes veranlaßt hätten. Er sprach über die Ausführung des von der belgischen und der französischen Regierung ausgearbeiteten Programms, namentlich über den Verkehr auf den Eisenbahnen und über die Abschließung der neutralen Zone, um die Ausfuhr von Kohle, Koks, metallurgischen und anderen Erzeugnissen zu verhindern. Er gab Kenntnis von dem Widerstand, der durch die deutsche Regierung veranlaßt worden sei, und von den Sanktionen, die gegen diejenigen Beamten ergriffen würden oder noch vorgesehen sind, die die öffentlichen Dienste lahmlegen. Poincaré erläuterte die Maßnahmen, durch die das normale Leben im Ruhrgebiet sichergestellt werden soll. Nach 3½stündigen Auseinandersetzungen unterbrach Poincaré sein Exposé über das Ruhrgebiet und schlug dem Ausschuß vor, es in der nächsten Woche in einer neuen Sitzung fortsetzen zu dürfen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Abg. Leygues dankte dem Ministerpräsidenten für seine umfassenden Erläuterungen, die er an Hand von Texten und Dokumenten gegeben habe, und die es nunmehr dem Ausschuß gestatteten, sich Rechenschaft abzulegen von der auswärtigen Politik der Regierung und von den klaren festen Methoden, die sie angewendet habe, um Frankreichs Interessen zu schützen.

Man erwartet in der Kammer einen Antrag des Finanzministers zur Erlangung von Krediten für die Ruhraktion. Die Kredite sollen in drei Gruppen zerfallen: 1. für die zivilen Behörden, 2. für militärische Zwecke, 3. für die Eisenbahnen. — Zum ersten Punkt werden 5 Millionen Franken bestimmt werden, die man durch Einnahmen aus dem Ruhrgebiet zu decken beabsichtigt. Für militärische Zwecke werden für Januar und Februar 50 Millionen Franken benötigt. Nach Abzug der bereits im Budget vorgesehenen 15 Millionen also noch weitere 35 Mill. Franken. Diese Ausgaben sollen sich monatlich erneuern und eine regelmäßige Position im Staatshaushalt bilden. Für die Eisenbahnen werden 60 Millionen Franken gefordert, die für die ganze Dauer der Besatzung ausreichen sollen.

Die Lage im Ruhrgebiet

Sonntag nachmittag fand in Essen eine Besprechung zwischen dem französischen General Fournier, dem stellvertretenden Oberbürgermeister und dem Landrat von Essen statt, in der die Frage der Schutzpolizei eingehend erörtert wurde. Der General schlug vor, daß die jetzige Schutzpolizei den Dienst weiter verrichten solle und zwar in Zivil, kenntlich gemacht durch ein besonderes Merkmal, etwa eine Armbinde. In jedem Falle würde für die Beamten eine Grußpflicht gegenüber den französischen Offizieren nicht bestehen, die für uniformierte Beamte jedoch in Kraft bleiben müsse. Sollte man auf diesen Vorschlag nicht eingehen, so schlug der General vor, einen Ersatzsicherheitsdienst einzurichten, der sich aus alten Beamten der blauen Polizei und einigen Familienvätern der jetzigen Schutzpolizei zusammensetzen soll und zwar in einer Gesamtstärke der Hälfte der jetzigen Polizei. Falls diese beiden Vorschläge abgelehnt werden sollten, lehnte der General jede Verantwortung für den Wegfall eines Sicherheitsdienstes und der Schutzpolizei ab. In keinem Falle würden die französischen Truppen einen derartigen Dienst übernehmen. Die Genehmigung zur Bewaffnung von anderen Personen werde auf keinen Fall erteilt werden. Sämtliche Vorschläge wurden von den Deutschen abgelehnt. Montag morgen wurde dann durch 10 Tanks und zwei Kompagnien Infanterie das Quartier der Schutzpolizei umstellt, die Mannschaften entwaffnet und das Gebäude besetzt.

Es verlautet, daß am Montag vor der Entwaffnung der Essener Schupo durch die Franzosen Kommunisten bei den Beamten erschienen, und um Ueberlassung der Waffen baten, da die Schupo doch die Waffen an die Franzosen abliefern müsse. Genaueres ließ sich hierüber nicht feststellen. Es steht jedoch fest, daß Verhandlungen zwischen dem französischen kommandierenden General und den Kommunisten zwecks Gründung einer kommunistischen Arbeiterwehr stattgefunden haben. Auch über das Ergebnis dieser Verhandlungen waren genaue Einzelheiten nicht zu erfahren. Doch heißt es, daß der französische General die Forderung der Kommunisten abgelehnt haben soll.

Montag vorm. durchzog ein kleiner Trupp der Besatzungstruppen im Sattel Holsterhausen die Straßen. Da die Geschäfte infolge des Protestes geschlossen hatten, öffneten die Soldaten gewaltsam die Geschäftsräume und entnahmen aus ihnen Lebensmittel, die sie in mitgeführte Säcke steckten.

Sonntag abend sind vier Mitglieder der englischen Arbeiterpartei in Essen eingetroffen, um sich über die Lage im Ruhrgebiet zu informieren.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Montag nachmittag gegen 4 Uhr wurde der Oberbürgermeister Köttgen, während er mit einem Beigeordneten und mehreren Stadtverordneten eine Besprechung abhielt, von einem französischen Gendarmerieoffizier verhaftet und fortgeführt. Oberbürgermeister Köttgen erhob zunächst selbst Protest gegen diese Maßnahme, dann erklärte Stadtverordneter Adams namens der Führer der Stadtverordnetenfraktionen, der Oberbürgermeister genieße das Vertrauen der gesamten Bevölkerung. Er müsse gegen seine Verhaftung und Fortführung schärfsten Protest erheben. Der Offizier ließ durch seinen Dolmetscher erklären, er könne Proteste nicht entgegennehmen. Darauf erwiderte Adams, der Protest werde beim General vorgebracht werden. Die Beamten und Angestellten der Stadt stellten als Protest gegen die Verhaftung des Oberbürgermeisters die Arbeit auf 24 Stunden ein. Die Organisationen des Handels und der Wirte beabsichtigen, ihre Betriebe während des Proteststreikes der Beamten ebenfalls zu schließen. — Die Verhaftung und Ausweisung des Oberbürgermeisters Köttgen soll erfolgt sein, weil er es abgelehnt hatte, eine Bekanntmachung der französischen Behörden zu veröffentlichen, die dazu bestimmt war, die deutsche Bevölkerung durch Strafandrohungen in ihrer gerechten und mit friedlichen Mitteln durchgeführten Abwehr gegen die Gewaltpolitik der Besetzung schweigen zu machen.

Seit Montag morgen sind von Bochum her fünf Regimenter Infanterie im Anmarsch auf Dortmund. Das erste Infanterieregiment hat Lütgendortmund um 10 Uhr morgens passiert. Wie dem „Tag" aus Trier gemeldet wird, sind dort starke französische Truppentransporte nach dem Ruhrgebiet zu beobachten. Seit gestern sind 15 französische Militärzüge mit Artillerie, Tanks usw. durch Trier gegangen.

Die „Deutsche Zeitung" meldet aus Essen: Teile des französischen Infanterieregiments 150, das in Werden a. d. Ruhr untergebracht ist, meuterten, infolgedessen ist das Regiment abtransportiert worden. An seine Stelle rückte das Regiment 170 in die Stadt ein. Von diesem Regiment hat aber auch bereits ein Teil den Gehorsam verweigert. — Man wird gut tun, solche Meldungen mit größter Vorsicht aufzunehmen und ihnen nicht blindlings Glauben zu schenken.

Die Engländer haben den Zipfel des englischen Gebietes, der über die Eisenbahnstrecke Reuß—Düren hinausragt, an die Franzosen abgetreten. Das dortige deutsche Eisenbahnpersonal wird nur dann den Dienst verlassen, wenn es dazu durch französische Gewalt gezwungen wird. Die Bahnhöfe Würselen, Mariendorf und Mariengrube sind seit gestern mittag 1 Uhr besetzt. Die belgische Besatzung des Bahnhofes Reuß ist durch französische Truppen ersetzt worden. Auf dem Bahnhof Cleve verhindern die Belgier die Abfuhr von Gütern, die erbrochen und beraubt worden sind.

Die Franzosen untersuchen jetzt auch die Züge zwischen Hagen und Schwerte.

In Gelsenkirchen halten die Franzosen in der inneren Stadt den Bahnhof, die Post, drei höhere Schulen, eine Volksschule, das Amtsgericht und eine Reihe von Privathäusern besetzt. Von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ist der Verkehr innerhalb der abgesperrten inneren Teile der Stadt verboten. Passanten, die nach 7 Uhr im Stadtinnern angetroffen werden, werden angehalten und durchsucht. Größere Geldbeträge werden ihnen weggenommen.

Einer Meldung des „Lokalanzeigers" zufolge raubte ein französischer Offizier im Rathaus von Recklinghausen für mehrere Millionen Mark Schreibmaschinen.

Die am 10. Februar verhafteten Oberpostdirektor Frosch und Obertelegrapheninspektor Hamel aus Wiesbaden sind am 17. vom Kriegsgericht Mainz wegen Anhaltung eines amtlichen französischen Telegramms und dessen Vorlegung bei der Oberpostdirektion Frankfurt (Main) zu 3 Monaten bezw. 14 Tagen Gefängnis ohne Strafaufschub verurteilt worden.

Reuter meldet aus Washington, gestern sei dort erklärt worden: In Ermangelung von endgültigen Zusicherungen, daß eine amerikanische Intervention willkommen sein würde, werden die Vereinigten Staaten keinerlei Schritte in den europäischen Angelegenheiten unternehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Eine Unterredung mit General Degoutte.

Der Düsseldorfer Korrespondent des „Telegraaf“ hatte eine Unterredung mit General Degoutte, der ihm u. a. sagte, er finde es unverständlich von dem Wolffbüro, daß es so viel durchsichtige Unwahrheiten verbreite. So etwas sei zu auffällig. Wenn die Berichte zweimal nachdrücklich dementiert seien, dann mache es keinen Eindruck mehr. Es lohne sich nicht, in dieser Weise zu lügen. Der General fügte hinzu: Ich habe diesen Wolff, den Gründer des Wolffbüros, sehr gut gekannt. 1895/96 waren wir zusammen auf Madagaskar; ein gescheiter, intelligenter Bursche, ich konnte ihn gut leiden. Weiter sagte der General: Wir glauben nicht, daß die Deutschen noch lange durchhalten werden, denn das würde den Ruin ihrer Industrie bedeuten. Am 5. Februar sei ein Uebereinkommen zwischen den deutschen Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern geschlossen worden, wonach letztere zwei Monate Urlaub erhalten sollen, nämlich einen Monat, den sie noch vom vorigen Jahre gut hätten und einen Monat für diesen Sommer. Dies bedeute große finanzielle Opfer, deren Folgen besonders für die Familienväter sehr unangenehm sein würden. Das könnten die Deutschen auf die Dauer nicht vertragen. Im Augenblick sei der Widerstand allerdings noch bemerkenswert und es seien wenig Zeichen für ein Nachlassen der Moral wahrzunehmen. Immerhin würden bereits Stimmen laut, die für eine Anbahnung von Verhandlungen mit Frankreich eintreten. Frankreich habe keine Eile, es sei seiner Sache sicher. Es habe die Macht auf seiner Seite. Die Franzosen hätten so lange vergeblich auf Erfüllung der deutschen Versprechungen gewartet, daß sie jetzt auch das Recht, diese Expedition zu unternehmen, besäßen, „und wenn wir glauben, im Recht zu sein, dann ist das natürlich dasselbe, als ob wir im Rechte sind“. Nach der voraussichtlichen Dauer der Ruhrbesetzung befragt, sagte der General: „Wenn die Deutschen in tausend Jahren noch nicht bezahlt haben werden, werden wir in tausend Jahren noch im Ruhrgebiet sein. Die Deutschen müssen erklären, daß sie alle ihre Verpflichtungen vollkommen erfüllen werden. Voraussetzung zu Verhandlungen ist, daß sie sich geschlagen geben. Ich stelle mir das so vor, daß eines Tages der deutsche Geschäftsträger in Paris der französischen Regierung mitteilen wird, daß die deutsche Regierung die „Hoffnungslosigkeit des Kampfes einsehe und den Wunsch habe, sich mit Frankreich zu besprechen“. Als der Berichterstatter zum Schluß fragte, ob die französischen Truppen im Ruhrgebiet bleiben würden, bis Deutschland die gesamte Reparationssumme bezahlt habe, verwies ihn der General an Poincaré.

Anmerkung des W. T. B.: Wir würden eine „durchsichtige Unwahrheit“ durchgehen lassen, wenn wir uns nicht gestatten wollten, darauf aufmerksam zu machen, daß der Gründer des seit 1849 bestehenden W. T. B. Bernhard Wolff bereits im Jahre 1876 verstorben ist. General Degoutte hat augenscheinlich im Jahre 1896 eine Begegnung mit dem Afrikareisenden Eugen Wolf auf Madagaskar gehabt. Im übrigen wären wir sehr dankbar, wenn wir auf die vielen durchsichtigen Unwahrheiten hingewiesen würden, die wir verbreitet haben sollen. Was sich darüber bisher in den Pariser Zeitungen fand, waren ganz einfach Erfindungen dieser Blätter. Mit Berichtigungen ist dagegen nicht aufzukommen, weil diese Blätter grundsätzlich von deutschen Berichtigungen keine Notiz nehmen. Sie richten sich augenscheinlich nach dem Prinzip: Wenn wir glauben im Recht zu sein, so ist das natürlich dasselbe, als ob wir im Rechte sind! — Den Wert des übrigen Inhaltes dieses Interviews wird man vielleicht nach dieser Probe beurteilen dürfen und es liegt deshalb kein Anlaß vor, darauf weiter einzugehen.

Die „wahnsinnige Expedition nach dem Ruhrgebiet“.

Aus Paris wird gemeldet: Der gemäßigte sozialistische Abgeordnete **Compère-Morel** legte im **„Populaire“** die gestern in Paris erfolgte **Doppelwahl des Verurteilten der Schwarzmeer-Flotte,** Marty, dahin aus, daß die Wähler von Paris sich darüber klar gewesen seien, daß ihre Entscheidung weit über die Grenzen ihrer Stadtviertel hinausreiche. Demgemäß hätten sie mit wunderbarer Disziplin nicht nur für Marty, sondern auch gegen die nationalistische Reaktion und die Abenteuerpolitik gestimmt. Werde jetzt Poincaré auf seiner **wahnsinnigen Expedition nach dem Ruhrgebiet** bestehen, zu der die Kammer von 1919 ihn verbrecherisch hingerissen habe? Werde er in einer geistigen Verwirrung vor der Geschichte die schreckliche Verantwortung dafür übernehmen, die zahlreichen Freundschaften zerbrochen zu haben, die bis jetzt Frankreich unter den zivilisierten Nationen besessen habe, und werde er das Land moralisch, wirtschaftlich und finanziell isoliert dastehen lassen in einer Welt, in der Haß und Begehrlichkeit die schlimmsten Gefahren über Frankreich heraufbeschwören könnten? Compère-Morel schließt mit den Worten: Angeklagter Poincaré, antworten Sie!

Ein französischer General gegen die Politik Poincarés.

Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die ein Mitarbeiter des Blattes in Paris mit dem französischen General Sarrail, dem früheren Oberkommandierenden der alliierten Truppen im Orient, über die Ruhrpolitik Poincarés gehabt hat. Sarrail erklärte u. a.: Ich habe den Eindruck, daß die Politik unserer Regierung im Ruhrgebiet und am Rhein uns für immer des Rufes des Edelmutes berauben wird, den unsere Traditionen seit der großen Revolution und unsere Haltung im Kriege uns in den neutralen Ländern verschafft haben. Ich würde mich freuen, wenn ich die öffentliche Meinung in Dänemark darüber aufklären könnte, daß es in Frankreich neben Poincarés Bewunderern und Verteidigern auch Männer gibt, die seiner Politik nicht folgen und den Weg der gesunden Vernunft, das heißt den Weg der internationalen Versöhnung beschreiten wollen. Besser als ich erzählen die Tatsachen, welche Mißerfolge die Besetzung darstellt, die Poincarés ehrgeiziger Traum war. Höchstwahrscheinlich werden durch die Ruhrexpedition die Reparationen nicht gesichert werden. Das einzig Sichere, das das Unternehmen uns einbringt, sind die Kosten. Selbst für den Fall des Nachgebens Deutschlands würden wir keine Zahlungen erhalten. Deutschland hat bereits nachgegeben und am 11. November 1918 kapituliert. Es hat auch danach mehrmals nachgegeben, und wir haben es in hohem Maße gedemütigt. Die Reparationsfrage ist nicht nur eine deutsch-französische, sie ist in rechtlicher Beziehung eine interalliierte und in Wirklichkeit eine internationale Frage. Es handelt sich nicht mehr darum, das stählerne Spielzeug in Uniform, das den Tod und die Gloire (so nennt man es ja) um sich verbreitet, in die Ferne zu senden, es handelt sich jetzt vielmehr darum, die Weltwirtschaft wieder herzustellen. Sarrail bedauerte dann, daß Brantings Vorschlag, die Ruhrfrage dem Völkerbund zu unterbreiten, abgewiesen worden sei, da dieser die einzig mögliche Zuflucht bilde, und fuhr fort: Daß man Deutschland noch immer nicht in den Völkerbund aufnimmt, ist eine Absurdität. Die Geschichte lehrt uns, daß alle Völker ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Mag der französische Staat in erster Reihe sein Gewissen befragen. Frankreich schuldet den Alliierten, bezahlt aber weder Zinsen, noch macht es Abzahlungen. Warum wenden wir uns nicht an den Völkerbund? Dieser Schritt kann doch unmöglich schlechtere Ergebnisse haben als die, die sich aus der Ruhroperation ergeben werden. Wir wollten die Nationalisten und den Appetit Poincarés befriedigen; insbesondere wollten wir den nationalen Block zufriedenstellen. Unsere Soldaten stehen in Essen, Dortmund und Bochum. Wir haben dabei ganz Europa gegen uns. Die Tausende und Abertausende Tonnen Kohle, die Poincaré uns versprach, sind ausgeblieben. Die Arbeiter im Ruhrgebiet streiken und weigern sich, unter unserer Leitung die Arbeit aufzunehmen. Das sind die Resultate unseres Versuchs, Druck durch Macht auszuüben. Wir begingen den Fehler, in das Ruhrgebiet einzudringen mit der Gefahr, von England verlassen, von ganz Europa gehaßt und von Deutschland für immer verabscheut zu werden. Die Gefahr ist jetzt zur Tatsache geworden, und dann wagt Poincaré noch von Gefahren zu sprechen, wenn es sich um den Völkerbund handelt? Gegen eine solche Auffassung müssen wir direkt Front machen.

Der Dank des Reichspräsidenten an die Schupo.

Der Reichspräsident hat an den **preußischen Minister des Innern** folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Minister!

Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen als dem Chef der Preußischen Landespolizei meine aufrichtige Bewunderung und lebhafte Anerkennung für das Verhalten der **Schupo im Ruhrgebiet** auszusprechen. Gegenüber einem Gegner, der enttäuscht über das Fehlschlagen seiner Pläne in kleinlicher Rachsucht gerade die Sicherheitsbeamten täglich aufs Neue herausfordert und zu demütigen versucht, gegenüber Offizieren und Soldaten, die ihre Waffenehre durch rohe Mißhandlungen Wehrloser besudeln, gegenüber einer unmenschlichen Rachejustiz, die jede durch Eid und Pflicht begründete Weigerung vor fremdem unrechtmäßigen Befehl mit Verschleppung und grausamer Strafe verfolgt, haben die braven Beamten der Schupo in ruhiger Besonnenheit und selbstloser Hingabe an ihre Pflicht ihren Dienst weiterversehen, ohne sich fremder Machtwillkür und Rechtsanmaßung zu beugen. Nicht nur die Ruhrbevölkerung, deren Schutz ihre Tätigkeit gilt, sondern ganz Deutschland zollt diesen tapferen Männern Dank und Bewunderung. Wenn man dereinst der Deutschen gedenkt, die in schweren Zeiten sich in selbstloser Pflichterfüllung für den Bestand der Deutschen Republik, für das Vaterland eingesetzt haben, wird man der Führer und Beamten der Schupo im Ruhrgebiet besonders dankbar gedenken.

Ich bitte Sie, hochverehrter Herr Minister, dies den Beamten der Schutzpolizei im Ruhrgebiet zur Kenntnis zu bringen und bin

in vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebenster gez. Ebert.

Ein Dementi.

Die „Sunday Times“ veröffentlicht eine **Unterredung,** die ihr Berliner Berichterstatter mit dem **Reichskanzler** gehabt haben soll.

WTB. ist zu der Feststellung ermächtigt, daß der Reichskanzler keinem Vertreter der „Sunday Times“ eine Unterredung gewährt hat. Die dem Reichskanzler von dem Berichterstatter des genannten Blattes in den Mund gelegten Aeußerungen über eine erwartete englische Intervention und über die Notwendigkeit eines englischen Druckes auf Frankreich sind erfunden.

Der Berliner Vertreter der „Sunday Times“ erklärt, daß ihm von der in der Sunday Times veröffentlichten angeblichen Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit dem Berliner Sunday Times-Vertreter nicht das Geringste bekannt ist.

Der blutige Zwischenfall in Wien.

Aus Wien wird gemeldet: Der Postunterbeamte Franz Opiela, der bei dem gemeldeten **Zusammenstoß zwischen Monarchisten und Arbeitern** den tödlichen Schuß abgegeben hat, ist **verhaftet** worden.

Wie die Wiener Abendblätter melden, hat die Polizei in der Angelegenheit des **blutigen Zwischenfalles bei der Gründung der monarchistischen Ortsgruppe** in einer Wiener Vorstadt bisher **14 Verhaftungen** vorgenommen, darunter den Führer der Terror-Gruppe Ostara, Oberleutnant Szabo. Der Polizeipräsident erklärte Zeitungsberichterstattern, daß er infolge der Verwilderung des politischen Kampfes mit Führern verschiedener politischer Gruppen Fühlung genommen und durch sie an die Bevölkerung die Mahnung gerichtet habe, Gewalttätigkeiten zu vermeiden.

In der Sonntag abgehaltenen Versammlung jugendlicher Arbeitsloser betonte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer, eine Wiederholung solcher blutigen Vorfälle werde die Arbeiterschaft zu rücksichtslosem Vorgehen veranlassen.

Die Sozialdemokratische Partei wird wegen der blutigen Zusammenstöße, die sich vor der Landwehrkaserne ereigneten, in der heutigen Sitzung des Nationalrates eine Interpellation einbringen. Gleichzeitig beabsichtigt die Partei, die Leichenfeier des Erschossenen zu einer großen politischen Demonstration zu machen.

Die Franzosen haben Memel geräumt.

Die **französischen Besatzungstruppen** haben Montag morgen **Memel** in aller Stille **geräumt.** Die **Kaserne** wurde **von den Litauern bezogen.** Die Franzosen begaben sich auf ihre im Hafen liegenden Schiffe.

Eine Versammlung der Nationalsozialisten aufgelöst.

In der Nacht zum Sonntag wurde in einem **Altonaer Hotel** eine **Versammlung** von **etwa 150 jungen Leuten** durch den Polizeichef aufgelöst. Sämtliche Teilnehmer wurden **festgenommen.** Es handelte sich um eine Versammlung der in Preußen verbotenen Nationalsozialistischen bezw. Großdeutschen Arbeiterpartei. Unter den Festgenommenen befanden sich Rittmeister a. D. Raben, gegen den bereits ein Verfahren wegen Geheimbündelei schwebt, und Oberleutnant a. D. Roßbach. Die beiden, sowie drei weitere Führer, wurden in das Polizeigefängnis eingeliefert, jedoch in der Nacht zum Montag wieder entlassen, da Fluchtverdacht nicht vorlag. Die meisten Versammlungsteilnehmer waren mit Totschlägern, Gummiknüppeln usw. versehen. Bei der Leibesvisitation wurde umfangreiches Belastungsmaterial beschlagnahmt.

Gröba. Bestellungen auf das täglich erscheinende „Riesaer Tageblatt“ nimmt jederzeit entgegen **Frau Amalie verw. Riedel, Gröba,** Alleestraße 2.

Warum ist Erdal wirklich billig?
„Das kann ich Dir sofort beweisen.
Was so sparsam im Gebrauch
Muß als billig sich erweisen!“

Erdal
Marke Rotfrosch — Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Die praktische Hausfrau
kennt die Vorzüge des Süßstoffs. Sie ersetzt oder streckt damit den teuren Zucker. Aus eigener Erfahrung weiß sie auch, daß Süßstoff bekömmlich ist. Sie verwendet ihn aber sparsam und nur nach Geschmack.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

An meiner Wiese sind, wahrscheinlich vor einigen Wochen, mehrere bis 20 cm
starke Eichen
abgesägt und
gestohlen
worden. Wer mir die Täter so anzeigt, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, erhält 1 Zentner Weizen.
Zschoche, Nickritz.

Grosser Pferde- und Wagenverkauf.
42 gute an schweren Zug gewöhnte Arbeitspferde
im Alter von 4—7 Jahren, darunter
1 Paar 5jährige langschwänzige Kohlfuchsdänen 168 groß
1 Paar 4jährige langschwänzige Hellfuchsdänen 167 groß
1 Paar 4jährige Apfelschimmel . . . . . 167 groß
4 Paar 4—7jährige langschwänzige braune Dänen 166—170 groß
1 Paar 4- und 5jährige braune Oldenburg. Stuten 167 groß
1 Paar 4jährige langschwänzige Zöller Pferde 168 groß
1 Paar 4- und 5jährige braune Ostfriesen 168 groß und einige Paare Belgier Füchse und Braune und im übrigen einzelne nicht direkte Paßpferde im Alter von 4—6 Jahren
ferner mehrere 3- und 4zöllige Kastenwagen, mehrere gute Rollwagen, 50—100 Ztr. Tragkraft, etliche Langholzwagen u. vieles Arbeitsgeschirr usw.
sofort zu verkaufen.
Unter genannten Pferden befinden sich auch viele tragende und Zuchtstuten. Obige Pferde werden von uns auch einzeln unter voller Garantie verkauft.
Speditionsgeschäft Dresden-N., Böhmische Str. 24. Tel. 22750.

Drucksachen
für den geschäftlichen Verkehr liefert in modernster, sauberster Ausführung die besteingerichtete
Tageblatt-Druckerei
Riesa, Goethestraße 59.

Alle Behauptungen, die Fr. Emilie Abitz, Zeithain von uns erzählt, erkläre ich als Lügen und den Tatsachen nicht entsprechend. Warne vor Weiterverbreitung. Nehme sonst gerichtliche Hilfe in Anspruch.
Richard Kraus, Zeithain.

1 junger Schäferhund
schwarz mit braunen Abzeichen, auf den Namen „Lux“ hörend, entlaufen. Gegen gute Belohnung abzugeben.
Däweritz, Prausitz.

Sonniges gemütlich
möbliertes Zimmer
gesucht. Off. unt. B N 13 an das Tageblatt Riesa.

Mittwoch, 21. d. M., vorm. 10 Uhr kommt **1 Hund** im hies. Schlachthof gegen sofort. Bezahlung öffentl. z. Verstg. Der Ratsvollzieher.

Tüchtiges, ehrliches, junges
Mädchen
aus gutem Hause für sof. gesucht. Max Uhlig, Mittweida, Rochlitzer Str. 51.

Witwe, 37 Jahre, mit einem Kind, sucht Bekanntschaft eines soliden Herrn zwecks spät. Heirat. Offerten unter B F 6 erb. an das Tageblatt Riesa.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
für Küche zum 1. März od. früher (Anfangsgehalt 8000 Mk.) sucht
Konditorei und Café Arth. Kirsten, Mittweida.